

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Koloniale Schlachtopfer.

Aus Südwestafrika ist wiederum eine Nachricht von der Kolonne Glasenapp eingetroffen. Leider wieder eine sehr traurige. Das vom offiziellen Depeschendureau verbreitete Telegramm lautet:

Berlin, 26. April. Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein vom heutigen Tage steht die Kolonne des Majors v. Glasenapp seit dem 22. d. Mts. in Otjihaenena, wohin sie wegen Ausbruchs von Typhus marschiert ist. Bis jetzt sieben Todesfälle. Namen noch nicht gemeldet. Die Missionsstation Otjihaenena ist als Lazarett eingerichtet.

Unter der Kolonne Glasenapp ist also eine bössartige Typhusepidemie ausgebrochen, die die durch die schweren Gefechtsverluste ohnehin arg zusammengebrochene Truppe weiter dezimiert. Das Lager bei Onjatu war derart verseucht, daß es verlassen werden mußte. Die Abteilung marschierte deshalb nach Süden und hat sich nunmehr bei der Missionsstation Otjihaenena — 100 Kilometer südlich von Onjatu und etwa ebensoweit östlich von Windhuk — gelagert. Wie hoch die Zahl der Erkrankten ist, wird in der Meldung nicht mitgeteilt. Jedenfalls ist sie eine beträchtliche, waren doch bereits, wie die letzte Mitteilung besagte, 42 Kranke nach Windhuk geschafft worden. Die Zahl der am Typhus Verstorbenen wird auf sieben angegeben. Selbst wenn man den bereits vor dem 16. April am Typhus Verstorbenen mitrechnet, lägen doch noch weitere sechs Todesfälle vor, die in den letzten acht Tagen zu verzeichnen waren. Wie viele noch sterben werden, ist nicht abzusehen. Denn wenn auch Otjihaenena — schon weil es von Windhuk aus leichter zu erreichen ist — eine bessere Behandlung der Kranken ermöglicht, so dürfte doch sehr viel an einer Krankenpflege fehlen, die den medizinischen Anforderungen entspricht.

Jedenfalls aber ist durch dies neue Mißgeschick, das die Kolonne Glasenapp betroffen, diese Abteilung für absehbare Zeit an jeder Aktionsfähigkeit gehindert. Man wird nicht einmal die noch gesunden Reste dieser Abteilung andern Abteilungen zuteilen dürfen, da die Ansteckungsgefahr eine zu große wäre.

Durch den Abmarsch der Abteilung Glasenapp nach Süden ist den Hereros der Weg nach Osten wieder völlig freigegeben. Nach dem bisherigen Verhalten der Hereros ist freilich nicht anzunehmen, daß sie von dieser Rückzugsmöglichkeit Gebrauch machen werden. Sie werden ihre Stellung in den Onjatibergen ruhig weiter zu verteidigen suchen. Und da das Gelände reich an Duschwald ist, wird ihre Verteidigung jedenfalls noch gewaltige Anstrengungen und schwere Verluste kosten. Auszuhungern sind die Hereros aber erst recht nicht, da es ihnen weder an Wasser noch an Vieh mangelt. Die Kämpfe in den Onjatibergen können also noch Monate lang dauern!

Dadurch aber wird die Lage der in Grootfontein eingeschlossenen 200 Weissen allmählich eine kritische werden. Denn der Versuch, die in den Onjatibergen befindlichen Hereros einzuweilen sich selbst zu überlassen und zunächst Grootfontein zu entsetzen, würde ebenfalls großen Schwierigkeiten begegnen, da dann erst die bei Waterberg stehenden starken Hereroshaufen geworfen werden müßten. Die ganze Situation in Südwestafrika ist also eine höchst kritische. Die Niederwerfung des Aufstandes wird dem deutschen Volke wahrscheinlich noch erheblich mehr als 60 Millionen kosten, wie Webel seiner Zeit angenommen hatte. Und alles das für ein Gebiet, das selbst der Centrums-Abgeordnete Schwarz gestern noch als „Sandwüste“ bezeichnet hat.

Nach der ganzen Sachlage ist es zudem durchaus nicht ausgeschlossen, daß dem Reichstag demnächst abermals die Forderung neuer bedeutender Truppennachschübe vorgelegt werden wird. Bisher nahm man an, daß die Situation zu Gunsten unserer Truppen sich in dem Augenblick ändern werde, wo man den Hereros die nötige Zahl Verwundeter entgegenstellen könne. Aber was vermögen Verwundete gegen einen Feind auszurichten, der sich in die Schlupfwinkel des Duschwaldes zurückzieht. Oberst Leutwein verfügte ja bereits über eine große Anzahl Verwundeter, allein er hat gegen die Hereros bis jetzt ebensowenig auszurichten vermocht, wie das über nur wenig Verwundete verfügende Corps des Majors Glasenapp. Und dieselben Schwierigkeiten, mit denen die deutschen Truppen in den Onjatibergen zu kämpfen haben, könnten sich wiederholen in den gebirgigen Regionen des Landes der Vergdamata bei Waterberg und Grootfontein.

Der Feldzug kann sich also sehr in die Länge ziehen, er kann ungeheure Geldopfer erfordern, und er kann vor allen Dingen auch zahlreiche Menschenleben fordern!

Schon sind mehr als hundert unserer Soldaten im Kampfe gegen die Hereros gefallen oder dem türkischen Klima erlegen. Und doch stehen wir allem Anschein nach erst am Anfang des Krieges! Da drängt sich denn doch nicht nur jedem Sozialdemokraten, sondern überhaupt jedem vernünftigen Menschen die Frage auf, ob es nicht endlich an der Zeit ist, diesem frivolen Heeraufbesahworenen unsinnigen Kriegsabenteuer so rasch als möglich ein Ende zu machen. Ist es denn wirklich notwendig, diesen abenteuerlichen „Kolonialkrieg“ bis zum bitteren Ende durchzuführen, lediglich zum Wohlgefallen und Vorteil jener gemischten Elemente, die in Südwestafrika so rasch als möglich Reichthümer zusammenzuraffen sich berechtigt wähnen? Gebietet nicht die gesunde Vernunft und die Rücksicht auf unsere ohnehin trübseligen Finanzen, den ernstlichen Versuch zu machen, auf andrem Wege als durch die brutale Waffengewalt den Frieden in Südwestafrika wiederherzustellen? Ein solcher gangbarer Weg wäre gegeben durch Eingehen auf jenes

Unterhandlungsangebot des Oberhäuptlings Maharero! Man brauchte nur den Hereros die fernsichtige Absicht zu erkennen zu geben, unter annehmbaren Bedingungen mit ihnen Frieden schließen zu wollen, und das Blutvergießen hätte ein Ende. Auf das Massenandrachten der „Schuldigen“ müßte man freilich verzichten, ebenso darauf, die Hereros nach auszuländern und sie den Farmern als Leibeigene auszuliefern. Wohl aber könnte man sie zur Herausgabe des geraubten Viehs zwingen, wodurch der Hauptschaden wieder gut gemacht würde. Unsere Kolonialschmarotzer verbreiten freilich die Legende, die Hereros wollten gar keinen Frieden, weil sie sich einbildeten, die Deutschen wären zu schwach, um sie niederzuwerfen zu können. Als ob die Hereros, deren Häuptlinge vielfach lesen und schreiben können, von denen einzelne bereits in Deutschland waren, nicht ganz genau wüßten, daß ein dauernder Widerstand absolut aussichtslos ist. Maharero hat ja auch bereits schon vor vielen Wochen Unterhandlungen angeboten!

Es liegt in der Hand der deutschen Regierung, dem thörichten und grausamen Blutvergießen endlich Einhalt zu thun. Es handelt sich dabei ja nicht nur um das so wohlfeile geschätzte Blut der Eingeborenen, sondern um das angeblich so teure Blut der eignen Landeskinder! Mehr als hundert sind schon in dem afrikanischen Sande verscharrt worden — sollen ihnen weitere Hunderte folgen? Es handelt sich ja freilich um Freiwillige, die in der Hoffnung auf leicht erzwungenes Geldentum in jugendlich ledigen Haterdrang in den Kampf gezogen sind. Aber ihr Tod, ihr Siechtum wird von ihren Angehörigen nicht minder schmerzlich empfunden. Und wozu das alles? Um die Jagd einer Handvoll von Abenteurern zu befriedigen, die durch ihre strapallose Deutewirtschaft die Eingeborenen erst in den Verzweiflungskampf getrieben haben! Bismarck, der gepriesene „nationale Hero“, sagte seinerzeit, daß ihm das bißchen Herzogovina nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert sei. Das bißchen Herzogovina war immerhin noch unendlich wertvoller als die südwestafrikanische Sandwüste. Und trotzdem diese unerhörten Blutopfer!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April.

Die Börsengesetz-Novelle im Reichstage.

Vor kurzem hieß es, daß die Rechte wie der agrarische Teil des Centrums die Beratung der neuen Börsengesetz-Novelle im Reichstage zu verzögern gedächten, um eine Annahme der Vorlage in dieser Session zu verhindern. Wenn diese Absicht bestanden haben sollte, müßten die betreffenden Parteien inzwischen ihre Meinung geändert haben; denn am Sonnabend wurde plötzlich die erste Lesung der Novelle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und heute kam endlich die Vorlage zur Beratung. Allerdings erst an dritter Stelle, nachdem vorher die dritte Lesung des Abkommens über das internationale Privatrecht und die zweite Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Krankensfürsorge für Seeleute erledigt worden war und aufs neue die sozialpolitische Rückständigkeit der Regierung erwiesen hatte.

Als das Haus in die Beratung der Börsengesetz-Novelle eintrat, machten sich bereits deutliche Anzeichen der Ermüdung bemerkbar, und die lange monotone Rede, mit welcher der Handelsminister die Verhandlungen einleitete, war nichts weniger als geeignet, die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln. Obgleich Kaufmann und einjähriger Jögling der bekannten Hamburger Meederfirma Woermann hat Herr Müller in seinem Kernern wie in seiner Sprechweise sehr viel vom steifen preussischen Bürokraten älterer Schule. Mit einer gewissen phlegmatischen Nonchalance leierte er seine augenscheinlich gut vorbereitete Rede herunter, eine bunte Mischung einzelner Stellen aus der offiziellen Begründung der Novelle mit Daten aus der Denkschrift des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und allgemeinen Betrachtungen über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in dem letzten Jahrzehnt und ihre Unterbrechung durch die letzte Krise. Zu einem großen Teil Ausfärgungen, die mit der Börsengesetzreform nur lose zusammenhängen und ebenso gut zur Begründung einer Abänderung des Aktiengesetzes, der Konkursordnung oder irgend einer anderen wirtschaftlichen Gesetzesreform dienen könnten. Dabei waltete bei Herrn Müller ersichtlich das Bestreben ob, nach keiner Seite hin scharf anzustößen. Der Rüge der gegen das Börsengesetz vorgekommenen Verstöße sagte er förmlich einige Flogeln über die weltbekannte Ehrlichkeit, Lichtheit usw. des deutschen Handelsstandes an, während er andererseits, nach der Rechten gewendet, dieser wieder zugab, daß die mehrfache Erhebung des Register- und Differenzrentenwandes ein ungünstiges Licht auf die Moralität gewisser Börsenkreise werfe.

Viel geschickter sprach vom Standpunkt des ostelbischen Groß-Agrariers Graf Kanitz gegen die Vorlage. Der Besitzer von Pöbungen gehört zu den wenigen Mitgliedern der Rechten, die etwas von volkswirtschaftlichen Fragen verstehen und eifrig studieren. Zu seinem Angriff hatte er ein sehr reichhaltiges Material zusammengetragen. Besonders hatte er neben schwachen Stellen aus den Regierungsmotiven eine hübsche Auslese von Citaten aus der früheren Börsenquote sowie von Ausfagen hervorragender Bankiers vor dem Börsen-Ausschuß gesammelt. Vor den Müllerschen Ausführungen hatten die seinen schon insofern einen Vorzug, als sie ohne lange Umschweife direkt auf ein bestimmtes Ziel losstürzten und geschickt einzelne Vorlommisse in den Vordergrund hoben.

Ueber die Ursachen, die den Redner zu seinem Angriff bestimmten, ließ er niemand in Zweifel. Neben dem Gah des feubalen Immobilien

Kapitals gegen das Börsen- und Finanzkapital ist es vor allem die Möglichkeit, daß nach den Abänderungsvorschlägen der Regierung der Getreide-Terminhandel wieder an Boden gewinnen könnte, die ihn zu seiner Stellungnahme bewegen, denn dieser Terminhandel hat, wie er immer wieder betonte, die Tendenz, die Getreidepreise herabzubrüden. Dieser dem sekundären Eigeninteresse entspringende Gah gegen die Börsenspekulation verhindert ihn auch zu erkennen, daß diese nur ein Ausfluß des allgemeinen Spekulationscharakters unsres heutigen Wirtschaftssystems ist, das in seinem ganzen Bestande auf der Neigung mit unbekanntem Größen basiert.

Nach dem Grafen Kanitz sprach noch der Regierungskommissar Wendelstadt, der unter der Unachtsamkeit des Hauses nachzuweisen suchte, daß die Regierung gegen die vom Grafen Kanitz behauptete Renitenz der Berliner Börse keineswegs zu nachsichtig gewesen sei.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt am Dienstag zunächst debattelos einen Antrag Savigny (C.) und Genossen an eine Kommission, der die Regierung um eine Prüfung der Frage ersucht, ob der § 65 des Vergesetzes eine ausreichende Handhabe bietet, das freiwillige, die beteiligten Gemeinden und deren Einwohner schwer schädigende Stilllegen der Bergwerk-Unternehmungen zu verhindern und nötigenfalls noch in dieser Session einen Gesetzentwurf dem Landtag vorzulegen, welcher das Vergesetz dahin ergänzt, daß gegen jene Schädigungen wirksame Vorkehrungen getroffen werden können. Ein solcher Antrag ist sehr bequem, er verpflichtet zu nichts und kann bei urteilslosen Menschen den Anschein erwecken, als ob das Centrum wirklich entschlossen ist, gegen die unerhörten Machinationen des Kohlsyndikats einzuschreiten. Wird dem Antrage dann in der Kommission ein unrühmliches Vegräbnis bereitet, dann kann das Centrum in einem späteren Wahlkampfe doch wenigstens mit dem guten Willen haustieren gehen, den es an den Tag gelegt hat.

Hierauf beendete das Haus die dritte Beratung des Etats; es erledigte zunächst den Etat des Ministeriums des Innern unter Annahme eines Antrages auf reichsgesetzliche Regelung der Zigeunerfrage und erneute Prüfung der Erstellung von Wandergewerbebescheinungen an naturalisierte Zigeuner.

Die Debatte über den Kultus-Etat begann mit einer Verherrlichung der Ostmarkenzulage für Lehrer. Der Etat setzt aus zu widerrussischen persönlichen Zulagen an im Dienste befindliche und pensionierte Volksschullehrer und Lehrerinnen in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens eine Million, und zu Remunerationen an Volksschullehrer und Lehrerinnen behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Landesteilen mit gemischt deutscher und polnischer Sprache 200 000 M. Den von blindem Gah gegen die Polen erfüllten Chauvinisten gehen diese Forderungen noch nicht weit genug. Abg. Kretz (L.) und Genossen beantragen daher die Ausdehnung des erlgenannten Fonds auf Ostpreußen und Schlesien, und Abgeordneter Frhr. v. Jeditz (St.) beantragte die Erhöhung von 200 000 auf 250 000 M. und ferner die Regierung zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat, spätestens aber durch den nächstjährigen Etat den Fonds auf den dem wirklichen Bedarf entsprechenden Betrag zu erhöhen. Nach einer Polen-debatte, in der neues nicht gesagt wurde, gelangte der Antrag Jeditz, soweit er sich auf die Erhöhung des Fonds bezieht, zur Annahme. Der Antrag Kretz und der zweite Teil des Antrages Jeditz wurden abgelehnt, gleichzeitig aber, einem Vorschlage der Budgetkommission entsprechend, an die Regierung das Ersuchen gerichtet, Erwägungen darüber anzustellen, ob der Fonds genügt und nötigenfalls einen höheren Betrag in den nächsten Etat einzustellen. Die Regierung wird also förmlich dazu gedrängt, das Geld der Steuerzahler für ihre unfruchtbare Ostmarkenpolitik zum Fenster hinauszuworfen.

In weiteren Verlauf der Debatte beklagte sich Abgeordneter Cassel (St. Sp.) über die Beschränkung der Selbstverwaltung der Berliner Kommunalvertretung auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Antwort des Ministerialdirektors Schwarkoppff, insbesondere seine Verteiligung der „Paradeferien“ beweist, wie recht die sozialdemokratischen Stadtverordneten seiner Zeit mit ihrer in der Versammlung geübten Kritik hatten. Herr Schwarztopff verteidigte auch das der Kommune entzogene freie Verfügungsrecht über die städtischen Säulräume damit, daß diese sozialdemokratischen Vereinen zur Verfügung gestellt worden wären.

Am Mittwoch fällt die Sitzung aus. Am Donnerstag beginnt die Beratung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen; doch stehen zunächst nur die eigentlichen Meliorationsvorlagen nebst den dazu gehörigen Denkschriften auf der Tagesordnung. Die Beratung der eigentlichen Kanalvorlage findet erst nächste Woche statt.

Wasserstraßen und Industrie.

Von den Denkschriften, die dem Abgeordnetenhaus mit den wasserwirtschaftlichen Vorlagen zugegangen sind, behandelt eine den Einfluß der Wasserstraßen auf die Ansiedelung der Industrie und deren Decentralisierung. Die Denkschrift geht von dem Grundgedanken aus, daß gewerbliche Betriebe, um

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechseckigste Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wettbewerbsfähig zu sein, besonderen Wert auf geringe Herstellungskosten legen müssen und daß ein Hauptfordernis, um diese zu vermeiden, niedrige Transportkosten bilden. Infolgedessen hat die Industrie sich mit Vorkäufen dort angefiedelt, wo die für sie erforderlichen Rohstoffe gefunden oder erzeugt werden oder wohin sie mit geringen Kosten gebracht werden können.

Daher z. B. die Zusammendrängung der Industrie in den großen Bergwerksbezirken. Kleinere Industriezentren und Einzelwerke in großer Zahl liegen auch an den Wasserstraßen; sie bieten anscheinend der Industrie so günstige Vorbedingungen, daß diese nicht nötig hat, sich in den großen Industriebezirken anzusiedeln, wo die Rohstoffe, insbesondere Kohlen, gefunden werden.

Die Regierung hat nun untersucht, in welchem Umfange und durch welche Umstände die Wasserstraßen die in besonderen Fällen beobachtete Anziehungskraft auf die Industrie ausüben, und ob dadurch eine Decentralisation der großen Industriebezirke erwünscht ist. Die zu diesem Zweck angestellten Erhebungen bestätigen die Annahme, daß nicht nur vereinzelt, sondern an vielen Stellen zahlreiche und vielgestaltige gewerbliche Betriebe sich an Wasserstraßen angefiedelt haben, und zwar hat fast überall gerade in neuerer Zeit eine starke Entwicklung in diesem Sinne stattgefunden. Die Gründe, welche die Industrie zur Ansiedelung veranlassen haben, bestehen nicht nur in den von den Wasserstraßen gebotenen Frachtersparnissen, sondern auch noch in anderen Vorteilen, wie dem billigen Bezug der Rohstoffe, dem billigen Versand der Erzeugnisse, dem billigen Grundwerb für Gebäude und Materiallagerplätze und der Möglichkeit späterer Erweiterung ohne übermäßige Kapitalfestlegung, den billigen Arbeitskräften aus der Umgegend, für deren Unterbringung nicht gesorgt zu werden braucht, oder für die billige und gesunde Wohnungen mit etwas Gartenland leicht hergestellt werden können, der Sechastigkeit von Arbeitern, die während längerer Betriebspausen auf dem ihnen gehörigen Lande oder in benachbarten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung finden und nicht zur Auswanderung neigen, der Ausnutzung der Wasserkraft, der billigen Beschaffung ausreichenden Betriebswassers und der bequemen Entfernung verbrauchter Abwässer, der billigen Eisbeschaffung. Vielfach zeigt sich, daß neben den an der Wasserstraße angefiedelten Betrieben die sonst in der Umgegend gelegenen Werke gleicher Art nur geringe Bedeutung besitzen. Es darf daraus geschlossen werden, daß die Wasserstraßen für die Entwicklung dieser Betriebe von bestimmender, oft ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist. Für viele Betriebe ist neben der Lage am Wasser Eisenbahnananschluß von Wichtigkeit, durch den die wirtschaftlichen Vorteile des Schiffahrtsweges häufig erst zur vollen Geltung kommen.

Es ergibt sich nun, daß die Zahl der Erwerbstätigen bei der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1895 in den Gruppen B. (Bergbau und Industrie) und C. (Handel und Verkehr) pro Quadratkilometer durchschnittlich in den an Wasserstraßen gelegenen Kreisen doppelt so groß war wie in den übrigen Kreisen, und ferner, daß die Zunahme an Erwerbstätigen von 1882 bis 1895 in diesen Kreisen reichlich dreimal so groß gewesen ist wie in den übrigen. Daraus folgt, daß die Besiedelung der mit Wasserstraßen versehenen Kreise nicht nur eine stärkere ist, sondern daß die darin zu erkennende Bevorzugung seitens der Industrie gerade in neuerer Zeit trotz des immer dichter werdenden Eisenbahnnetzes besonders hervor tritt. Lediglich die von der Lage der Kohlen- und Erzbergwerke sehr abhängige Gruppe der Hüttenbetriebe und die meist durch alte Ueberlieferung örtlich gebundene Textilindustrie sind in den an Wasserstraßen gelegenen Kreisen schwächer vertreten als in den übrigen Kreisen. Die Kohlenbetriebe werden indes neuerdings vielfach nicht in die Kohlen- und Erzbezirke, sondern unter gleichzeitiger Herstellung eines Eisenbahnananschlusses an die Wasserstraßen gelegt oder mit diesen durch kurze Verbindungen verbunden. Diese stärkere Ansiedelung der Industrie in den mit Wasserstraßen versehenen Kreisen tritt fast in gleicher Weise bei dem industriell schwächeren Osten wie bei dem industriell stark entwickelten Westen hervor. Die örtliche Gewerbebetätigtigkeit sucht also aus den Wasserstraßen in gleicher Weise Nutzen zu ziehen wie die westliche Industrie, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wasserstraßen geeignet sind, decentralisierend zu wirken und die großen, in den Kohlenrevieren zusammengebrängten Industriebezirke zu entlasten.

Der Generalstreik der Eisenbahnen in Ungarn

Ist nach den früheren offiziellen Meldungen endgültig erstickt. Die Schachtmacherorgane nicht nur in Oesterreich stimmen darob Jubelhymnen an. Die „Post“ schreibt:

„In Ungarn hat die starke Hand des Ministeriums Tisza mit einem Schlag dem anscheinend so erfolgreichen Streik der Eisenbahnbeamten ein Ende bereitet und die gefährliche Störung des Eisenbahnbetriebes beseitigt. Dieser Vorgang zeigt aufs neue, wie richtig die von uns vertretene Auffassung ist, daß rücksichtslose Entschlossenheit gegenüber Bewegungen nach dem Leitfaden: „Wo dein starker Arm nicht will, stehen alle Köder still“, das einzig Richtige und des Erfolges regelmäßig sicher ist. Dies gilt natürlich in erster Linie von der Bekämpfung der Socialdemokratie. Selbstverständlich kann hier die starke Hand sich nach dem Beispiele Ungarns nur betätigen, so weit ein Anlaß ähnlicher Art zum Einschreiten vorliegt. Aber im übrigen wird doch alles zu vermeiden sein, was auch nur den Schein der Schwäche und der Konnivenz gegenüber der Socialdemokratie wecken könnte.

Die Eisenbahner, die in Ungarn den Generalstreik proklamierten, waren zwar durch aus keine Socialdemokraten, sondern sehr „ordnungsliebende“ Elemente, aber das hindert natürlich die „Post“ nicht, die Politik der „starken Hand“ auch bei dieser Gelegenheit wieder der Socialdemokratie zu empfehlen.

Bei der „Post“, dem weiland König Stummischen Schleifflein, nimmt das ja weiter nicht wunder; interessant ist es jedoch, daß auch unsere wadere Tante Voh, Vertreterin der „männlichen“ Linie des Freisinn, in genau dieselbe Schachtmacherterbe hant. Sie läßt sich folgenbermaßen vernehmen:

„Natürlich wird der Ausgang des Kampfes von allen denen die berufen sind, dem „Klassenbewußten Proletariat“ unter allen Umständen recht zu geben, den Siegern als Verbredchen angerechnet. Ist es doch der „verrottete Kapitalistenstaat“, der vor dem Vorkritt der Arbeiterkataloge nicht abgedankt hat! Hätte sich das Ministerium öftlich unterworfen, so hätten die Socialdemokraten und ihre Schutzherrn aus benachbarten Lagern ein Triumphgeschrei über die Unwiderstehlichkeit der Menge, über die läghliche Ohnmacht der Gewalthaber angestimmt. Und sie hätten dazu einigen Grund gehabt. Denn der Massenaufrast war eine Kraftprobe; nicht durch Gründe wollte die Feindenden ihr Ziel erreichen, sondern durch die Herausforderung eines schweren öffentlichen Kampfes; es mußte sich zeigen, wer der Stärkere ist; in dem verhängnisvollen Aberglauben an ihre Ueberlegenheit verlangten die Ausständigen die Erfüllung ihrer Forderungen binnen vierundzwanzig Stunden

und die schriftliche Bürgschaft der Minister. Welcher leitende Staatsmann hätte sich eine solche demütigende Frist vorschreiben lassen und dabei wähen können, im Amte zu bleiben? Es kommt nicht darauf an, wie weit die sachlichen Wünsche der Beamten und Arbeiter gerechtfertigt sind, wie weit ihre Lage der Verbesserung bedürftig; die ungarische Regierung war und ist in dieser Hinsicht zu weitestem Entgegenkommen bereit. Aber auch die beste Sache entschuldigt nicht die Schritte des Wahnpersonals, so lange nicht der Zweck jedes Mittel heiligt.

Es ist höchst inkomsequent, daß die „Post“, die doch für die Kerzestreichs, die doch sogar Menschenleben zu gefährden geeignet sind, in so enthusiastischer Weise eingetreten ist, sich mit einem Male so sehr gegen eine „Kraftprobe“ entzündet, wenn es sich nur um Eisenbahnproletarier handelt. Ihre Entrüstung über die Streikenden schlägt sogar in eine förmliche Verherrlichung der „starken Hand“ der Regierung um.

Wir möchten ihr zur Verbergung nur empfehlen, was die liberale Wiener „Zeit“ schreibt:

„Eine wahrhaft starke, das heißt durch Einsicht und Verantwortlichkeitsgefühl, nicht aber durch Bajonette starke Regierung wird sich nie recht habereich, eigenständig, treuig und hochhaft betragen. Ist es denn eine rühmliche Sache, über die Armut, die um ihr Brot kämpft, zu liegen?“

Deutsches Reich.

Königsberger „Hochverrats“-Prozess.

Aus Königsberg wird telegraphisch gemeldet, das auf Antrag des Verteidigers der Haftbefehl gegen unsre Parteigenossen Kowagrogli und Treptau gegen Stellung von Kautions und gegen Braun ohne Kautionsstellung aufgehoben worden ist.

Genosse Braun-Königsberg war nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft bereits einmal außer Haft gelassen worden. Er hatte sich zur Wiederherstellung seiner sehr schwer geschädigten Gesundheit in eine Heilanstalt im Ausland begeben, als seine Wiederberufung verfügt wurde. Die jetzt trotz der Abwesenheit Brauns wiederholte Aufhebung des Haftbefehls beweist, daß die Königsberger Staatsanwaltschaft, auch wenn sie glauben sollte, daß ihre gesamte Jaren-Aktion noch irgendwelche Aussichten biete, doch selbst zur Ueberzeugung gelangt mußte, daß mindestens gegen Braun gar nichts „zu machen“ ist.

Und bezüglich der beiden andern Angekludigten ist nun endlich wenigstens eine der Unvermeidlichkeiten des Königsberger Verfahrens gemildert worden. Zuvor hat die Staatsanwaltschaft die Haftentlassung stets abgelehnt, weil Gefahr der Verflüchtigung mit Mitschuldigen oder Zeugen bestehe, welche Behauptung ganz unverständlich blieb, da alles, was an Beweismaterial möglich ist, bei den Hausdurchsuchungen festgenommen wurde und jede Verflüchtigung der angeblichen Vergeben ausgeschlossen war. Zwar hat auch jetzt die Staatsanwaltschaft es noch immer nicht bis zur Kallage gebracht, aber sie sieht nun selbst ein, daß sie Verdachtsumstände, die sie bisher eifrig suchte und deren Verbergung sie befürchtete, doch nicht finden kann. Also mußte sie sich entschließen, die lähne Annahme der Kollisionsgefahr endlich aufzugeben.

Wir hoffen, daß die Königsberger Justiz auch alle die andern Voraussetzungen, auf denen sich ihr beispielloses Ruffen-Verfahren aufbaut, bald in ihrer Unhaltbarkeit erkennen muß, und daß unsre Genossen, die so überaus schwer leiden müssen, endlich vor diesen unsäglichen Verfolgungen Ruhe finden.

Reichsfinanzreform.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm am Dienstag die Beratung der Vorlage über die Reichsfinanzreform beim § 2 wieder auf. Vorgelegt waren inzwischen zwei Anträge der Centrumsabgeordneten Müller-Julda und Speck, die folgendermaßen lauten:

- 1) Die Kommission wolle beschließen:
1. in § 2 der Vorlage Artikel 70 Zeile 1 und 2 das Wort „ordentlichen“ zu streichen,
2. ebendortselbst Zeile 8 bis 10 die Worte:
„solange die erforderlichen Vermittlungsmittel nicht auf andere Weise, insbesondere durch Einführung weiterer Reichssteuern beschafft werden,“ zu streichen.

Müller (Julda). Speck. Die Kommission wolle beschließen:
1. § 2 wie folgt zu fassen:
§ 8 des durch die Bekanntmachung vom 21. Mai 1885, Reichs-Gesetzblatt S. 111, veröffentlichten Jolkartirgesetzes erhält folgende Fassung:

§ 8.

„Ein Drittel des Ertrages der Tabaksteuer und der Zölle, soweit über diese nicht durch § 15 des Gesetzes vom 26. Dezember 1902, Reichs-Gesetzblatt S. 303, verfügt ist, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matricularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Diese Ueberweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichsregierung und den Einzelstaaten auf Grund der in Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsberichte und beziehungsweise Jahresabschlüsse.“

2. Als § 3 den § 2 der Vorlage mit den gestellten Abänderungsanträgen zu fassen.

Referent Speck wandte sich zu § 2 gegen die Vorschrift, daß nur „ordentliche“ Ausgaben durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden könnten. Das Centrum stehe aber auf dem Standpunkte, daß die Einführung direkter Steuern einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bedeute und desorganisierend auf deren Finanzen wirken könnte. Die Vorschrift, daß die Matricularbeiträge „in Höhe“ des budgetmäßigen Bedarfs ausgeschrieben werden sollten, solle doch wohl nicht bedeuten, daß die Zuschüsse in alle Zukunft überflüssig sei? Der Jolkartir werde eine Steigerung der Jolleinnahmen im letzten halben Jahre vor Inkrafttreten bringen; diese sollte abgezogen und zur Schuldentilgung verwendet werden. Abg. Dr. Südelum bestritt auf das entscheidende, daß die Einführung direkter Reichssteuern formell oder materiell einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstelle. Es sei nötig, die Ausführungen des Vertreters der Centrumpartei zu unterstreichen. Die Einführung der direkten Reichs-Einkommen-, Reichs-Vermögens- und Reichs-Erbchaftsteuer müsse das anzustrebende Ziel bleiben und jede Maßregel sei zu bekämpfen, die der Erreichung dieses Zieles hindere in den Weg trete. Abgeordneter Müller-Julda: Mit dem Gedanken, daß die Einzelstaaten für solche Matricularbeiträge, die sie über die Ueberweisungen hinaus gezahlt haben, aus reichsrechtlichen Maßnahmen Deckung erhalten, erkläre er sich einverstanden. Seine Anträge sollten mit dazu beitragen, daß die Begriffe „ordentliche“ und „außerordentliche“ Ausgaben revidiert werden. Es seien sehr oft regelmäßig wiederkehrende Ausgaben auf den außerordentlichen Etat übernommen worden. Durch Absatz 2 seines ersten Antrages wolle er in Zukunft Zuschüsse in unzulässig machen; der Hinweis auf „weitere Reichssteuern“ sei überflüssig. Die Einführung der direkten Reichs-Einkommensteuer solle dadurch nicht präjudiziert werden. Die Matricularbeiträge seien nichts andres als Zuschüsse zu einzelstaatlichen Einkommensteuern. Beim sie den Einzelstaaten Anlaß geben zu einer Reform ihrer Einkommensteuern, so sei das ein guter erzieherischer Nebenwed. Abg. v. Nitzthofen erklärt sich mit § 2 der Regierungsvorlage einverstanden. Die Stellung zu den Centrumsanträgen behalte er sich vor.

Schatzsekretär v. Stengel: Das Wort „ordentlichen“ sei im Entwurf des neuen Art. 70 der Verfassung eingeschaltet worden, um die Klarheit der Vorchrift zu erhöhen. Man lehne sich damit an die jetzigen Etatsgesetze an. Man sollte deshalb das Wort stehen lassen. Die ordentlichen Einnahmen könne man nichtsdestoweniger gegebenenfalls zu außerordentlichen Ausgaben verwenden. Die Grundzüge der Unterscheidung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben seien 1901 zwischen Regierung und dem Reichstage festgelegt worden und ergäben den Begriff der außerordentlichen Ausgaben schon sehr ein. Die Ziffer 2 des Müllerschen Antrages widerstreche der Absicht der Regierung, am bestehenden Wortlaut der Verfassung möglichst wenig zu ändern. Was die Ueberhöflichkeit anlange, so wolle man ihre Verwendung nicht ganz festlegen, sondern sich die Möglichkeit einer Dotierung des Invalidenfonds vorbehalten.

Abg. Gröber hielt die Streichung des Wortes „ordentlichen“ für begründet; denn die Konsequenz der jetzt vorgeschlagenen Fassung sei, daß man ordentliche Ausgaben nur durch ordentliche Einnahmen decken dürfe. Dazu sei aber nötig, daß man auch den Artikel 73 der Verfassung abändere. Eine klare Scheidung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben sei sehr schwierig, auch nach den Grundzügen der Vorchrift von 1901 nicht ohne weiteres durchführbar. Abgesehen von produktiven Anlagen könne man eigentlich nur die Ausgaben für kriegerische Ereignisse zu den außerordentlichen Ausgaben rechnen. — Der im Antrag Müller zur Streichung vorgeschlagene Satz im Absatz 2 halte er auch für überflüssig. Was der Staatssekretär verhalten will, ist eine Verwendung der etwaigen Ueberhöflichkeit zu den Ausgaben. Bisher sei aber für Ueberhöflichkeit immer noch gerade eine Verwendung aufgetaucht; die Schuldenminderung sei also sehr problematisch, wenn sie nicht durch zwingende Vorchrift festgelegt würde. Staatssekretär v. Stengel wandte sich gegen den Vorschlag, den Absatz 2 nach Gröbers Darlegungen enger zu fassen. Man müsse doch Abweichungen von der Regel wenigstens im Bereiche der Möglichkeit zulassen.

Abg. Richter schloß sich den letzten Ausführungen des Staatssekretärs an und warnte vor der Einführung allzuvieler automatischer Vorschriften. Die Fälle, in denen die etatsmäßige Verwendung der Ueberhöflichkeit notwendig würde, ließen sich nicht voraussetzen. Was das Wort „ordentliche“ anlange, so halte er es für falsch. Den von Müller-Julda beanspruchten Satz halte er für überflüssig; die Frage der direkten Steuern werde dadurch nicht präjudiziert. An der Frage der Rückstattung der Matricularbeiträge nehme er Anstoß; dadurch werde der Reichshaushalts-Etat wieder kompliziert gemacht. Es müßte doch wenigstens vorgeesehen sein, daß die Einzelstaaten auch eventuell entstehendes Plus der Ueberweisungen an das Reich zurückzahlen müßten. Rückstattung müsse beiderseitig vorgeesehen sein. Er würde nur so weit gehen, daß die Abweichungen vom Etat soll ausgeglichen werden. Die Rechnung würde durch die von der Regierung vorgeschlagene Methode nicht klarer als bisher. Schatzsekretär v. Stengel wollte den subsidiären Charakter der Matricularbeiträge härter betont wissen. Der § 2 stehe in engen Beziehungen zu § 1, wo vorgeesehen sei, daß die Ueberweisungen ziemlich konstant seien. Die Aussicht auf Rückzahlung ungedeckter Matricularbeiträge würde die Einzelstaaten zur sparsamen Wirtschaft veranlassen. Es sei vor Anfang an richtiger gewesen, die Ueberhöflichkeit der Matricularbeiträge nicht etatsmäßig weiterzugeben. Der bairische Geheimrat Burdhardt wandte sich gegen die Vorschläge Müller-Juldas.

Abg. Gröber brachte einen Antrag ein, wonach etwaige Ueberhöflichkeit aus den Vorjahren im Reichshaushalte zunächst zur Ausgleichung ungewöhnlich großer Schwankungen bei den ordentlichen Einnahmen dienen sollen.

Bei der Abstimmung wurden zunächst die Anträge Müller-Julda angenommen; Antrag Gröber wurde abgelehnt.

In dieser Fassung wurde § 2 angenommen. Zur Begründung des zweiten Antrages Müller-Julda führte der Antragsteller aus, es solle dadurch ein Teil der Zölle als Ueberweisungsteuer belassen werden. Der Nachteil der alten Clausula Francenstein, die Schwankungen in den Etats der Einzelstaaten, solle beseitigt werden. Er wolle dadurch eine Mehrheit für die Reform sichern. Abg. Dr. Südelum forderte den Abg. Müller zur zahlenmäßigen Darstellung seines Antrages auf, da sich nur dann seine Tragweite überblicken lasse. Der Staatssekretär v. Stengel äußerte eine Reihe von Bedenken gegen den Vorschlag des Abg. Müller. Braunkohl-Verbrauchsabgabe und die Anträge Müller würden 320 Mill. Mark Ueberweisungsteuern anmachen. Dadurch werde der ganze Grundgedanke der Vorlage in Frage gestellt. Nicht einmal der Verbundleistung und Verworrenheit des Reichshaushalts-Etats werde durch den Antrag Müller ein Ende bereitet. Die Zölle müssen wenigstens von der Ueberweisung ausgeschlossen bleiben. Bittet daher den Antrag abzulehnen. Abg. Dr. Arendt glaubte, daß der Antrag Müller die Vorlage direkt gefährde, denn der Zweck des Gesetzes werde dadurch vereitelt. Abg. Müller: Die Entlastung der Einzelstaaten von zwei Dritteln des Zolls sei doch sehr erheblich. Abg. Richter meinte, daß selbst nach dem Antrag Müller die Ueberweisungen sehr beschränkt würden. Da niemand weiß, was die Zölle einbringen werden, so dürfe man nicht über diese Beträge Verfügungen treffen; man dürfe die ganze Einnahmesteigerung nicht dem Reiche zuweisen, um nicht zu neuen Ausgaben zu reizen. Die Kompliziertheit des Etats solle man doch nicht übertreiben. Die Voraussetzungen über den Fall des Gesetzes seien vorzuziehlich. Abg. v. Nitzthofen sprach sich gegen den Antrag Müller aus. Abg. Graf v. Oriola schloß sich ihm an. Abg. Gröber glaubte, daß die Beratung des Antrages Müller eigentlich besser der zweiten Lesung vorbehalten bleibe; jedenfalls müsse das mit der Abstimmung so gehalten werden. Die Lage sei jetzt ganz anders als vor Einführung der Clausula Francenstein; damals habe man aus konstitutionellen Gründen ein künstliches Defizit schaffen müssen, jetzt aber habe man ein dauerndes sehr reales Defizit, denn die Bedürfnisse des Reiches könnten aus eignen Einnahmen nicht gedeckt werden. Deshalb sei aber auch der Antrag Müller nicht geeignet, das Schicksal der Vorlage zu bestimmen. Der Staatssekretär bedankte sich für diese Ausführungen beim Abg. Gröber.

Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt. Abg. Müller zog seinen Antrag bis zur zweiten Lesung zurück.

Wenn der Kaiser reist! Eine Korrespondenz berichtet: Gelegentlich der Rückkehr des Kaisers nach Deutschland und seiner Anwesenheit in Wiesbaden, Biebrich, Mainz etc. werden die Polizeibehörden wieder die umfangreichsten Maßnahmen bezüglich der Sicherheit des Monarchen treffen, event. unter Mitwirkung Berliner Sicherheitsbeamten. Vordrückt hierfür ist die allgemeine Anordnung, daß Ortschaften, deren Polizei-Organen wegen ihrer geringen Stärke nicht unbedingt für die absolute Sicherheit des Kaisers bürgen können, von der Berliner Polizeibehörde Ergänzung fordern. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten wird dann ein genügend starkes Kommando (Kriminalbeamte unter Führung eines Kommissars, unter Umständen auch uniformierte Schutzeleute) nach der betreffenden Ortschaft beordert. Schon wenige Tage vor Anfuhr des Kaisers begiebt sich das Kommando nach dem bezüglichen Ort, um sich über das Gelände zu informieren, besonders gebotene Maßnahmen für die Wege des Kaisers zu treffen, wie überhaupt den ganzen Aufwachtendienst zu regeln und zu leiten. Zu diesen Ehrenkommandos werden stets bestimmte, erprobte und verlässliche Beamten verwendet. Vor einiger Zeit meldeten übrigens italienische Blätter, daß sich auch bei der gegenwärtigen Erholungsreise des Kaisers deutsche Polizeibeamte an der Ausübung des Sicherheitsdienstes beteiligen.

Ruffensurs in Baden.

Karlsruhe, 25. April. (Eig. Ber.) Bei der Beratung des Budgets der Universitäten Heidelberg und Freiburg i. Br. wurde von der socialdemokratischen Fraktion auch die Behandlung russischer Studierender in Deutschland kritisiert. Man konnte damals zugeben, daß zwar noch keine preussischen Zustände an badischen Hochschulen

existieren, aber an Chikanen gegen fremdländische Studierende, besonders gegen Russen, fehlt es auch in Baden nicht.

Vor zwei Jahren wurde der Versuch gemacht, die Regierung zu härterem Vorgehen gegen die Russen in Heidelberg zu hegen, zunächst ohne Erfolg. Neuerdings aber hat man die Zulassung russischer Hörerinnen zu medizinischen Vorlesungen und klinischen Kurien ganz außerordentlich erschwert unter dem Vorwand, daß diese Damen mehr aus Neugierde diese Kurse besuchten und den Unterricht störten. Das wurde von unsrer Fraktion, wie gesagt, gebührend kritisiert und dabei auch der preussische Rufenskurs erwähnt. Der Kultusminister verteidigte zwar den Reichskanzler Willow, aber man konnte doch nicht annehmen, daß die Kunde auch schon im liberalen Musterstaat regiert. Das trat erst jetzt zu Tage. Die badische Regierung hat förmliche Steckbriefe hinter die aus Preußen ausgewiesenen russischen Studenten erlassen, um so, falls sie sich nach Baden wenden sollten, auch hier sofort wieder hinauszuwerfen!

Die sozialdemokratische Fraktion hat wegen dieser Vorgänge im Landtage eine entsprechende Interpellation eingebracht.

So weit bisher bekannt, ist bereits der aus Berlin ausgewiesene Student Wärmann, der in Heidelberg seine Studien fortzusetzen beabsichtigte, aufgefordert worden, binnen 14 Tagen Baden zu verlassen; Wärmann hat gegen diesen Anweisungsbefehl Verufung eingelegt.

Maifeier-Verbote.

Ein Stück Russenkurs liegt gleichfalls in den Maifeier-Verboten, die jetzt verübt werden. In letzter Zeit haben die unteren Verwaltungsbehörden alle Maifeier-Umzüge, für die um Genehmigung nachgesucht wurde, verboten. So in Karlsruhe, Freiburg und in den letzten Tagen auch in Heidelberg. Da dieselben Behörden Umzüge bei allerlei Gelegenheiten genehmigen und erst vor Jahresfrist nichts dagegen gehabt haben, daß anlässlich des Mannheimer Katholikentages ein großer Umzug Sonntags die Straßen sperrte, so haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgende Interpellation eingebracht:

Wir ersuchen die Regierung um Auskunft, ob die Verbote der Maifeier-Festzüge auf ministerieller Verfügung zurückzuführen sind und, sollte dies nicht der Fall sein, was denkt sie zu thun, um diese Ausnahmemaßregel sofort rückgängig zu machen?

Zur Rettung der Maifeier-Umzüge wird die Interpellation kaum ausreichen, denn die Regierung wird sich um die Verantwortung so lange als möglich herumdrücken. Aber Rede stehen wird sie müssen und sie wird offenbaren müssen, wie sie das „gleiche Recht für alle Staatsbürger“ versteht.

Zur Wahl in Altdenburg. Die Agrarier arbeiten fieberhaft, um das Mandat der Socialdemokratie zu entreißen. Wie diese wirtschaftliche Vereinigung den politischen Kampf betreibt, zeigt u. a. dieses Circular, das uns gesendet wird:

Altenburg (Sachsen-Altenburg). Brühl Nr. 1.

An die Herren Mitglieder des Bundes der Landwirte im Herzogtum Sachsen-Altenburg.
Von den zur Verteilung gelangten Stimmzetteln hat jedes Bundesmitglied eine kleinere Anzahl zur persönlichen Verteilung und außerdem jeder Vertrauensmann eine größere Anzahl erhalten, die ausreichen wird, um sämtliche Wähler in der betreffenden Ortsgruppe am Tage der Wahl mit Stimmzetteln zu versehen. Sollten trotzdem nach Ansicht der Vertrauensmänner und Mitglieder nicht genügend Zettel vorhanden sein, bitten wir, die noch benötigte Zahl bei dem Unterzeichneten sofort zu verlangen.

Wir bitten nun nochmals dringend unsere Mitglieder, dafür zu sorgen, daß kein reichstreuere Mann am Wahltag fehlt. Organisieren Sie einen Schlepperdienst innerhalb der Ortsgruppen und holen Sie jeden Mann, von dem anzunehmen ist, daß er unsern Kandidaten die Stimme geben wird, zur Abgabe seiner Stimme herbei.

Nur wenn niemand fehlt, wird der Sieg unser sein. In der Anlage erhalten Sie noch einige Stimmzettel für unsere Kandidaten, Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Porzig in Jena!

Thue jeder am Wahltag seine Pflicht, damit es uns am 29. April gelingt, den Wahlkreis der Socialdemokratie zu entreißen!

Der Wahlausschuss des Bundes der Landwirte.

Freiherr von Sedendorf.

Unsre Parteigenossen sind natürlich gleichfalls mit größtem Eifer in der Wahlarbeit. Am Sonntag sprach u. a. Genosse Bebel im dortigen Kreise. Wenn auch die Gunst der alten Wählerlisten für sich haben und obgleich sie, wie das Circular schon beweist, den äußersten Terrorismus des Schlepperdienstes anzuwenden beabsichtigen, so werden hoffentlich demnach ihre Hoffnungen zu Schanden werden.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor dem Landgericht Wahrenth die ledige Anna Döfler von Waltersdorf bei Weismann zu verantworten. Sie hatte sich im Herbst 1903 und im Januar 1904 in der Wohnung der Schreinerdehelen Schmidt in Weismann in abfälliger Weise über das bayrische Königshaus geäußert und über die Herkunft des Königs Ludwig II. und des jetzt noch lebenden geisteskranken Königs Otto die tollsten Geschichten erzählt, die sie bei einem Besuch in München gehört haben will. Auch drastisch sprach sie sich über den bayerischen Prinzregenten aus. Das Frauenzimmer weiß jedenfalls gar nicht, was sie sagt, aber die Majestät ist nur einmal beleidigt, und so wurde sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gar zwei Jahre beantragt.

Ausland.

Frankreich.

Aktuelle Militärjustiz.

Paris, 23. April. (Fig. Ver.) Die Militärjustiz fährt fort, aus kerischen Rücksichten der sonst sakrosankten militärischen Disziplin ein Schnippchen zu schlagen. Die schönste Leistung auf diesem Gebiet war die Freisprechung des Obersten Saint-Rémy in Nantes, der sich geweigert hatte, gegen rebellierende Mönche vorzugehen. Das Kriegsgericht derselben Stadt Nantes hat jedoch in heuchlerisch gemilderter Form die gleiche Gefes- und disciplinwidrige Freisprechung befohlen.

Es handelte sich um fünf Offiziere, zwei Hauptleute und drei Leutenants, die am 12. Februar dieses Jahres sich geweigert hatten, an der Spitze ihrer Truppenabteilungen nach Bloermeil zu gehen, um an der Austreibung der rebellierenden Lamemais-Mönche mitzuwirken. Der Thatbestand wurde vor Gericht so klar wie nur möglich nachgewiesen. Es lag unzweifelhaft eine Gehorsamsverweigerung vor, auf die der Verlust des Offiziersgrades steht. Die Angeklagten, von denen vier das adlige „von“ in ihrem Namen führen, suchten sich vergebens in jesuitischer und feiger Weise hinter der Ausrede zu verbergen, sie hätten keinen militärischen Dienstbefehl mizachlet, sondern einen Requisitionsbefehl, weil er nicht vor den versammelten Truppen gelesen worden wäre. In Wirklichkeit haben sie einem regelrechten militärischen Befehl ihres Vorgesetzten den Gehorsam verweigert, und die juristische Finte bezüglich des Requisitionsbefehls, die sich auf ein Gesetz von 1791 stützt, ist schon deshalb hinfällig, weil jenes Gesetz die Nationalgarde im Auge hatte, niemals auf das stehende Heer angewendet wurde und obendrein abgeschafft ist. Zum Ueberflus erinnerte der Regierungskommissar (Staatsanwalt) daran, daß bei der militärischen Aktion gegen die Streikenden von Hennebont (er hätte ebenso gut sämtliche militärische Aktionen gegen Streikende heranziehen können!) kein einziger Offizier von den besagten juristischen Skrupeln gepackt wurde.

Und das Urteil? Die Militärrichter haben sich mit einer sogenannten Gunstminderheit, mit drei gegen vier Stimmen, über den klaren Thatbestand, über Gefes- und militärische Disziplin hinweggesetzt: die Schuldfrage betreffs der Gehorsamsverweigerung wurde so verneint. Mit fünf gegen zwei Stimmen wurden dann die rebellischen Offiziere bloß wegen „Verlassens des Postens“ zu vier Monaten Gefängnis und in die Kassen verurteilt. Zudem hat das Gericht den Beginn der Gefängnisstrafe auf den 15. Februar zurückdatiert.

Die ganze drakonische Härte der militärischen Disziplin bleibt den gemeinen Soldaten vorbehalten, die sich untertänig, den Kadavergehorsam auch nur durch eine unwillige Geberde zu verlegen.

Rußland.

Die Kämpfe im Gefängnis.

Die russische revolutionäre Bewegung hat in den Interballen zwischen Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen während des Streiks keine Mittel, um sich in ihrer regelmäßigen, unermüdlichen Agitation öffentlich bemerkbar zu machen. Nur die Gefängnisse und die Universitäten bilden den Schauplatz fast unaufhörlicher heftiger Zusammenstöße der revolutionären Elemente mit dem zarischen Regime und dessen Trägern. So schreibt man uns auch jetzt aus Kiew:

Wieder hat hier im Gefängnis ein ungleicher Kampf zwischen den „politischen Verbrechern“ und der Gefängnisverwaltung stattgefunden. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Anfangs März sind in Kiew ca. 20 Arbeiter in zwei geheimen Versammlungen festgenommen worden. Die Anklage gegen die „Verbrecher“ stützt sich natürlich auf leeren Mutmaßungen der strebsamen Genbarmerie, allein dies genügt, um die verhafteten Arbeiter nicht nur im Gefängnis überhaupt, sondern direkt im Gefängnisstiller zu internieren! Die gewöhnlichen Zellen schienen für diese „Verbrecher“ ein zu luxuriöses Gewahrsam oder vielleicht zu wenig Sicherheit zu bieten. Der Aufenthalt im Keller war natürlich unerträglich und die Arbeiter forderten, daß man ihnen einen Vertreter der Gefängnisverwaltung schiden möge, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Als man diese Forderungen ganz unberücksichtigt ließ, nahmen die Arbeiter zu einem probaten Mittel Zuflucht: sie veranstalteten im Korridor eine kleine Demonstration und sangen die Arbeitermarzialen. Da erschien natürlich schleunigst der Gefängnisdirektor in eigener Person, der aber, nachdem er die Forderung der Arbeiter, in ordentlichen Zellen untergebracht zu werden, vernommen, einfach den Befehl an die Kommissolodaten gab, die ruhig stehenden Arbeiter ohne jeden Grund mit Gewehrholben in ihre Keller zurückzuführen. Ein Arbeiter ist dabei verwundet worden! Darauf gab es natürlich einen Aufbruch im ganzen Gefängnis, alle Inhaftierten verlangten förmlich die Herbeiführung des Staatsanwalts, um bei ihm Beschwerde zu führen. Die Verwaltung mußte nachgeben, der Zweite Staatsanwalt erschien und nahm die Beschwerde sowie die Forderungen entgegen, doch bleibt es zweifelhaft, ob auch dies irgendwelche Besserung in der Lage der Inhaftierten zur Folge haben wird.

Auch in der Studentenschaft der hiesigen Universität sowie des Polytechnikums gärt es stark; es werden revolutionäre Gegenemonstrationen als Antwort auf zarenstomme Kundgebungen des reaktionären Teiles der Studentenschaft organisiert, der sich durch Veranstaltung patriotischer Gottesdienste aus Anlaß des Krieges sowie durch nicht minder patriotisches Demuzieren der „verdächtigen“ Kollegen an die Behörden hervorhüt. Einem besonders eifrigen dieser Jünger hat die revolutionäre Studentenschaft anheimgestellt, den Vorlesungen fernzubleiben; da er aber trotzte, bauend auf den Schutz der Behörden, so werden die durch seine Anwesenheit bedröhten Vorlesungen nunmehr boykottiert.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Das Wladivostok-Geschwader vor Genzan.

Nach Tokioter Meldungen lag das russische Geschwader noch gestern Abend vor Genzan; die Kreuzer und die Torpedobootzerflöher hatten sich vereinigt. Von der japanischen Bevölkerung sind besonders Frauen, Kinder und Greise ins Binnenland geflohen. Es erhält sich die Meinung, daß die Russen japanische Transportschiffe abzufangen hoffen.

Tokio, 26. April. Wie das „Reuterische Bureau“ meldet, war die Bemannung des „Goyu Maru“ nach Genzan ans Land geschickt worden, bevor die Russen das Schiff in den Grund bohrten.

Sesul, 26. April. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Das russische Geschwader ist von Genzan wieder abgedampft.

Ein Bombardement Nintschwangs.

Tientsin, 26. April. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Hier erhält sich das Gerücht, daß die Japaner die Befestigungswerke von Nintschwang Montagnacht beschossen haben.

Russische Rüstungen.

Petersburg, 26. April. Durch einen kaiserlichen Ukas wird die Bevölkerung einiger Kreise der Gouvernements Orenburg, Ufa und Samara zum Stellen von Pferden für den Kriegssfuß zu sehende Teile des Orenburgischen und Ufalschen Kavallerieheres herangezogen.

Partei-Nachrichten.

Widmung.

Wir lesen in der „Leipziger Volkszeitung“:
„Der „Vorwärts“ sucht seinen Rückzug in der Gardenschen Sache nochmals durch belletristische Wibelien zu decken. Da wir uns hierauf so wenig verstehen, wie auf Sensationsmachte, so lassen wir ihn gern laufen. Sollte er noch einmal die Parteipresse durch Klatsche für Garden blamieren, so werden wir uns wieder melden. Inzwischen haben wir einigen Grund zu der Annahme, daß die Lektion, die wir ihm im Interesse der Partei erteilen mußten, fürs erste genügen wird.“

Wir waren in dieser erschütternden Aktion weder Angreifer, noch haben wir den unnötigen Versuch einer Verteidigung gemacht; deshalb sind wir gar nicht in der Lage, einen Rückzug anzutreten.

So verhält es sich auch mit der Lektion. Wenn es unserm Lektor — der es vor drei Tagen ablehnte, unser Hüter sein zu wollen — befriedigt, an die Wirkung seiner Lektion zu glauben, so sind wir die letzten, die ihm das mizugönnen.

Ein gutes Wort.

In der Berner „Arbeiterstimme“ schreibt Genosse S. Grewlich:
„In letzter Zeit habe ich wiederholt folgende Bemerkung vernommen: Wenn das und das geschieht oder nicht geschieht, dann tritt unsre Section aus dem Verband, oder unser Verband aus dem Gewerkschaftsbunde, oder der Gewerkschaftsbund aus dem Arbeiterbunde. Dabei habe ich mich weniger geärgert als geschämt, denn ich hörte die Unternehmer dabei lachen und sagen: Die Leute brauchen wir nicht zu fürchten, deren Forderungen können wir noch ruhig ablehnen. Die sind nicht gefährlich. Wann werden wir einmal diese albernsten Stinbernarrien los? Die mögen etwa passen für einen Regellub, oder ein Tabakkollegium, oder eine Etat- und Saufgesellschaft, für Leute, die Vergnügen wollen, aber nicht für eine Gewerkschaft, in der man für die Existenz und die Rechte der Arbeiter kämpft, die also eine Notwendigkeit ist. Wir wollen mitbestimmen im Arbeitsvertrag, wir wollen Gemeinde und Staat meistern, ja, wir streben eine vollständige Umgestaltung der ganzen Gesellschaft an — und wir lassen uns immer wieder drohen, daß man wegen kleinlicher Meinungsverschiedenheiten unsre eignen Sectionen aus dem Bund? Welcher Widerspruch! Es ist wahrlich

hohe Zeit, daß wir endlich einmal solche Abersheiten aus unsern Versammlungen und aus unser Presse hinausweisen, denn sie blamieren und schädigen uns nur. Nicht fortlassen, sondern da bleiben und weiterarbeiten, das ist die Parole einer demokratischen Organisation. Was gesund ist, wird Meister werden und das Ungeunde mag verschwinden. Mehr Brüderlichkeit und weniger Rechtschere, mehr freundliche Verhandlung und freiwillige Disziplin und weniger Eigensinn — dann erst werden wir aus unsrer Ohnmacht endlich einmal herauskommen.“

Pollzellsches, Gerichtliches usw.

Zu 300 Mark Geldstrafe wurde der Redakteur unsres hannoverschen Parteiblattes verurteilt wegen Beleidigung eines Gutbesizers. Der Arbeiter Goppe aus Lüne hatte ihm der Wahrheit zuwider mitgeteilt, daß er von dem Gutbesizer wegen seiner socialdemokratischen Abstammung bei der Reichstagswahl entlassen worden sei. Goppe hatte alle seine Angaben ausführlich niedergeschrieben und durch seine Unterschrift bekräftigt. Die Angaben erwiesen sich, wie der „Hannoversche Kurier“ berichtet, als erfunden. Goppe wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Der „Solkowille“ mit dem Bericht liegt uns noch nicht vor.

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaften und christliche Unternehmer.

Die Gewerkschaften, auch die christlichen, waren den Unternehmern, ob jüdisch oder christlich, stets ein Dorn im Auge. Es entstanden deshalb oft Zwistigkeiten bei Gründung der christlichen Gewerkschaften mit den christlichen Unternehmern, Maßregelungen von Vorstandsmitgliedern kamen sehr häufig vor. Doch wurden diese Streitigkeiten noch stets beigelegt, wenn den christlichen Unternehmern Kargemacht wurde, daß die christlichen Gewerkschaften nur zur Bekämpfung der Socialdemokratie gegründet würden. Es handelte sich darum, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, so daß sie dem Unternehmertum gegenüber wehrlos seien. Wie bemerkt, sahen die frommen Unternehmer dieses ein und gaben sich zufrieden, bis neuerdings von frommer Seite wieder ein Vorstoß die gegen christlichen Gewerkschaften unternommen wird. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Befürworter der katholischen Gewerkschaften hinter dem Angriff vermutet. Es sind nämlich ernste Konflikte zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Unternehmern in Westfalen und am Rhein, hauptsächlich am Niederrhein, ausgebrochen. Besonders stark wütet der Kampf in dem frommen Walfahrtsort Stevelar, dort hat die rheinische Centrumsleitung aus Köln schon zu vermitteln versucht, jedoch lehnen die streng katholischen Unternehmer jede Vermittlung ab, weil sie „Herr im Hause“ bleiben wollen, wie sie sagen. Nachdem neuerdings der Zustand sich immer mehr zuspitzte, übernahmen katholische Geistliche von auswärtig die Mission, den Frieden herzustellen, aber ganz resultatlos. Die Unternehmer werfen rücksichtslos die Organisierten auf die Straße, ja, die Firma Wuyon u. Verder, apostolischer Verlag, die sehr viele Arbeiter beschäftigt, konnte es mit ihrer Frömmigkeit vereinigen, einem alten Arbeiter, den sie aus Pfaffen geworfen, noch die Hypothek, die der arme Teufel von ihr hatte, zu klüngen. Eine echt christliche Handlungsweise. Offenlich sehen die christlichen Arbeiter nach einem solchen Vorgehen stammer Centrumsanhänger ein, daß es mit der Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit, die vom Centrum fortwährend gepredigt wird, nicht weit her ist, sondern daß sich hier zwei Klassen rücksichtslos gegenüberstehen und ein „Haben“ und „Draben“ nur gilt.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Bäckergehilfen.

Gegen 2500 organisierte Bäckeriarbeiter — es wurde genaue Kontrolle geführt — waren gestern in Berlins Reichstagen, Stoppensstraße, versammelt, um über das weitere Vorgehen Beschluß zu fassen. Unmittelbar vor dieser Versammlung hatte eine Sitzung der Vertrauensmänner stattgefunden — zu der gegen 400 erschienen waren —, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, der Versammlung folgenden Vorschlag zu empfehlen: „Den Gesellenauschuss zu bevollmächtigen, im Auftrage des Verbandes des weitere Verhandlungen mit den Innungen anzubahnen und die endgültige Entscheidung über die Proklamierung des Streiks 14 Tage hinauszuschieben.“

Nachdem der Referent, der Verbandsvorsitzende Gehschold, die gegenwärtige Lage ausführlich beleuchtet, das ganze Verhalten der Innungen den Versammelten vor Augen geführt, empfahl er die Annahme der folgenden Resolution:

„Die am 26. April 1904 in Kellers großem Saal von Mitgliedern des deutschen Bäcker-Verbandes besuchte Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der abscheulichen Antwort der Innungen.“

Vor der Öffentlichkeit sei ausdrücklich konstatiert, daß die Gesellschaft ein tarifliches Arbeitsverhältnis anstrebte, die Meisterschaft den Abschluß eines solchen Tarifs aber mit nichtsagenden Nebenwendungen strikt ablehnt.

Die Innung bezeichnete den Tarif für undurchführbar und in seiner letzten Konsequenz für Meister und Gesellen unheilvoll und alles andre, nur nicht den Frieden bringen, aber zugleich über berechnigte Wünsche mit dem Gesellenauschuss verhandeln will.

Die Versammelten überlassen diese rücksichtigen und gleichzeitig sich widersprechenden Ansichten dem Urteil der Öffentlichkeit.

Obgleich wir uns vom weiteren Verhandeln mit den Innungen absolut nicht viel versprechen, möchten wir doch gern wissen — und dürfte dies auch weitere Kreise des konsumierenden Publikums interessieren —, welche unsre Forderungen von den Innungen als „berechtigt“ anerkannt werden.

Die Versammelten betrauen die Gesellenauschüsse mit folgender Mission:

1. Sie haben mit den Innungen im Auftrage des Verbandes über unsre unbefriedigten Forderungen zu verhandeln.
2. Falls die Innungen unter dieser Voraussetzung verhandeln, ist zunächst zu verlangen, daß von den Gesellenauschussmitgliedern ein Schriftführer ernannt wird, der das Protokoll der Sitzung aufnimmt.
3. Weiter ist bei Beginn der Sitzung zunächst festzustellen, welche Punkte der Forderungen von den Innungen als „berechtigt“ anerkannt werden, und welche unberechtigt sind.
4. Haben die Gesellenauschüsse den Innungen die Frage vorzulegen, welche Garantien uns die Innungen geben, daß die als „berechtigt“ anerkannten Forderungen auch innegehalten werden, nachdem im Jahre 1900 die Einigungsbedingungen des Einigungsamtes des Gewerbegerichts von den Meistern nicht innegehalten worden sind.
5. Die Gesellenauschüsse haben bis Dienstag, den 10. Mai, über diese Verhandlungen Bericht zu erstatten.“

In der Versammlung machten sich verschiedene Stimmungen bemerkbar, man verlangte eine sofortige Proklamierung des Streiks, wieder andre hielten 14 Tage für zu weit hinausgeschoben und verlangten innerhalb 3 Tagen die Entscheidung. Diesen Auslassungen trat der Referent entgegen; man möge der Leitung vertrauen, daß alles wohl erwoogen sei. Den Gesellenauschüssen wird eine besondere Taktik vorgeschrieben, unter andern sei bei den Verhandlungen mit den Innungen in der Frage des Stos- und Logistwesens strikt darauf zu bestehen, daß dieses für alle Gehilfen ohne Ausnahme und nicht etwa nur für die Verheirateten abgeschafft werde. Nachdem die Resolution angenommen, beauftragte man den Gesellenauschuss, noch im Laufe dieser Woche mit den Innungen in Verhandlungen zu treten. In seinem Schlußwort gab der Referent noch die Erklärung ab, sollten die Innungen sich weigern, unter den dem Ausschusse vorgeschriebenen Bedingungen zu verhandeln, dann

bei der Augenblick zum Handeln gekommen. — Den Wiener Kollegen, die sich auch in einer Lohnbewegung befinden und an diesem Tage eine große Versammlung abhalten, spricht die Versammlung ihre vollste Sympathie aus.

Die angeführte Tarifgemeinschaft der Berliner Handelsgärtner mit dem Arbeitgeber-Verbande auf der Grundlage des Tarifs von 1901 ist nicht zu Stande gekommen, da der Arbeitgeber-Verband diese strikt abgelehnt hat. In der Versammlung der Gärtnerei, die sich mit der Antwort der Arbeitgeber beschäftigte, wurde hervorgehoben, daß die Ablehnung nicht erwartet wurde, da selbst das Organ des Handelsgärtner-Verbandes aus Anlaß der Hamburger Tarifgemeinschaft auch solche an anderen Orten bekräftigt habe. Auch der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises gegenüber verhält sich der Arbeitgeber-Verband ablehnend.

Nachdem mehrere Redner die gegenwärtigen Verhältnisse für eine große Aktion nicht geeignet erklärten und für partielle Arbeitsniederlegungen plädierten, einigte man sich schließlich zur Annahme folgender Resolution: „Die öffentliche Gärtnerverammlung nimmt von dem Schreiben der Gruppe Berlin des Verbandes der Handelsgärtner Kenntnis; sie spricht ihr Bedauern darüber aus, daß dieselbe bei den bestehenden Forderungen eine tarifliche Regelung, welche doch geeignet ist, gesunde Verhältnisse im Gärtnereibetrieb zu schaffen, abgelehnt hat, trotzdem von Arbeitgeberseite ebenfalls der Wunsch ausgesprochen wurde. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die für die Ablehnung angeführten Gründe logischerweise für und nicht gegen eine Tarifgemeinschaft sprechen und erblidet demzufolge in dem Verhalten der Arbeitgeber nichts weniger als friedliche Bestrebungen. Aus diesem Grunde hält es die Versammlung für eine unbedingte Notwendigkeit, sich zu rufen, um auf eine derartige Abgabe zur gelegenen Zeit die richtige Antwort erteilen zu können.“

Achtung, Kürschner! Die Lohnforderung der Kürschner Berlins: neunständige Arbeitszeit und Erhöhung der Accordpreise, ist von den Arbeitgebern nach achtstündigem Streik bewilligt und sind sämtliche Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückgeführt.

Deutscher Kürschnerverband.
Zahlstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Maurer. Die Lohnbewegung der Maurer in Salungen ist zu Gunsten der Gehilfen beendet. Sie erzielten eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde.

Zimmerer. Sämtliche Zimmerer in Salungen sind Sonnabend früh in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes.

Die lang erwarteten Italiener trafen am Montag in Stärke von 150 bis 180 Mann in Königsberg ein. Sie wurden unter polizeilicher Bedeckung in dicht verschlossenen Journalisten vom Bahnhof abgeholt und nach den verschiedenen Baustellen transportiert, wo dieselben Streifenarbeiter leisten sollen. Der Transport erregte hier besonderes Aufsehen dadurch, daß den einen Wagen zum Beispiel 4 Schulleute begleiteten, die auch bei dem Entladen der kostbaren Ware an Ort und Stelle hilfreiche Dienste leisteten. Es werden dem Vernehmen nach noch mehr Italiener in Königsberg erwartet. Dieselben kosten den Bauunternehmern ein schweres Stück Geld. Die Unternehmer rechnen aber bestimmt darauf, daß sie diese Kosten aus den Knochen der jetzt um einige Pfennige mehr Stundenlohn kämpfenden Maurer-gehilfen wieder herausfinden, wenn diese im Kampfe unterliegen sollten. Die organisierten Maurer sind jedoch ziemlich siegesgewiß; sie meinen, die Italiener machen den Kohl nicht fett, wenn sonst Zugang ferngehalten wird.

Die Maurer in St. Johann-Saarbrücken haben beschlossen, in den Ausnahmestunden nach dem Unternehmer mit Ausnahme von dreien die Arbeit beschleunigen und Forderungen nicht einmal einer Antwort gewärtig haben. Die Maurer fordern zehnstündige Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn. Sie sind für saarabische Verhältnisse ziemlich gut organisiert.

Die Aussperrung an der Unterweser

hat nun eine weitere Ausdehnung erfahren insofern, als jetzt auch die Fischer in dieselbe hineinbezogen sind. Infolge der Aufforderung an die Fischer, Zimmerarbeiten zu verrichten, hatten dieselben den Beschluß gefaßt, Streikarbeit abzulehnen und dies den Meistern mitgeteilt. Darauf wurde in den Werkstätten von den Unternehmern folgendes Plakat angeheftet:

Vernachlässigt durch ein aus der Gesellschaft hervorgegangenes Rundschreiben beschlossen die dem Arbeitgeberverbande für das Vangoteerbe angeschlossenen Inhaber von Fischereibetrieben, daß es dem Meister überlassen bleiben muß zu bestimmen, welche Arbeiten die Gesellen zu machen verpflichtet sind.

Dazu gehören insbesondere alle Arbeiten, die bisher anstandslos von Fischern ausgeführt wurden.

In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, die sich mit diesem Anschlag beschäftigte, wurde einstimmig beschlossen, die in demselben verfaßte angeordnete Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, zurückzuweisen. Eine Kommission wurde beauftragt, mit dem Arbeitgeber-Verband zwecks Beilegung dieses neuen Konfliktes in Unterhandlungen zu treten. Das Resultat dieser Verhandlungen war jedoch ein negatives. Der Unternehmer-Verband beharrt auf seinem Standpunkt und ist nunmehr zur Aussperrung von etwa 50 Fischern übergegangen, der vermutlich weitere Aussperrungen folgen dürften.

Husland.

Das internationale Buchdrucker-Sekretariat in Bern umfaßt nach seinem sechsten für 1903 veröffentlichten Jahresbericht 22 Organisationen mit rund 85 500 Mitgliedern. Der Allgemeine Niederländische Typographenbund ist mit 1200 Mitgliedern aus, der französische Buchdrucker-Verband mit 10 500 Mitgliedern sowie die Buchdrucker-Organisation in Sarajevo (Bosnien) sind beigetreten. Der Sekretär beabsichtigt, die Entwicklungsgeschichte der Buchdrucker-Organisationen zu schreiben und damit eine große Aufgabe zu erfüllen. Zu seiner weiteren Ausbildung besucht er an der Wiener Universität die Vorlesungen über die Sozialpolitik und sozialstatistische Arbeiten. Von den verschiedenen Mittellungen seien erwähnt die Differenzen der deutschen und österreichischen Buchdruckerverbände in Bezug auf ihren Gegenseitigkeitsvertrag, die auf einer internationalen Konferenz in Strahburg geschlichtet wurden; ferner der Kampf der Schriftsetzer in Leipzig zur Schaffung einer Tarifgemeinschaft sowie der Generalstreik in Rom, für den durch das Sekretariat 3498,87 Frank gesammelt wurden, außerdem sandten zahlreiche Verbände noch 3857,45 Fr. direkt nach Rom. Der Kampf der Buchdrucker im Kantone Tessin wurde mit 2457,23 Fr. durch die Vermittlung des Sekretariats unterstützt. Die Einnahmen des Sekretariats selbst betragen 7844,46 Fr., die Ausgaben 5725,92 Fr., so daß ein Saldo von 2118,54 Fr. Ende 1903 verbleibt. Das internationale Buchdrucker-Sekretariat besteht nunmehr 10 Jahre und es ist heute so befestigt und gestärkt, daß sein dauernder Fortbestand als gesichert angesehen werden kann. Der gegenwärtige Sekretär P. Stamerer giebt sich auch alle Mühe, die Einrichtung den Buchdruckern aller Länder nützlich zu machen.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie. Auch bis jetzt hat sich die allgemeine Lage nicht wesentlich geändert, doch die Zahl der Aussperrten und Streikenden hat sich in den letzten Tagen wiederum um einige Hunderte vermindert, indem sowohl in Amsterdam als auch in Antwerpen eine größere Anzahl Diamantarbeiter zu den Verbandsbedingungen wieder in Arbeit treten konnten. Ende der vorigen Woche wurde die Zahl der in Antwerpen zu Verbandsbedingungen Arbeitenden auf 1800 angegeben, am Montag ist ihre

Zahl um 200 gestiegen. Uebrigens genießen dort die Streikbrecher einen sehr weitgehenden Polizeischutz. Ein Streikender wurde dieser Tage festgenommen, weil er Streikbrecher ausgepöffelt hatte, ein anderer weil er einen Streikbrecher bedroht und beleidigt und damit „Schändung der Arbeitsfreiheit“ verübt haben soll. Nach der bisher üblichen Praxis zu schließen, werden sie wohl beide nicht vor Beendigung des Streiks wieder freikommen.

Die Zahl der Aussperrten in Amsterdam ist um einige Hunderte dadurch vermindert worden, daß in einer großen Fabrik Tag- und Nachtarbeit eingeführt wurde, in einer andern die Diamant-Schleiferei erheblich vergrößert, und daß eine neue, allerdings nur kleine Fabrik errichtet wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Baumkulturbewegung. Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebungen im Lokale von Christ. Marienbalkstraße, Ecke Ernststraße, eine Wanderversammlung ab. Herr Dr. Sommerfeldt wird über „Kindererziehung in gesundheitslicher Beziehung“ sprechen. Im zahlreichem Erscheinen bittet

Welches Interesse haben die Frauen am Genossenschaftswesen? lautet das Thema des Vortrages, den der Reichstags-Abgeordnete Frhr. Herbert Stettin im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt. Der Referent schilderte die Entwicklung des Genossenschaftswesens in England, den enormen Aufschwung, den es dort genommen, und wie langsam dagegen in Deutschland genossenschaftliche Organisationen Wurzeln fassen. Das hat seine bestimmten historischen Ursachen, und liegt im wesentlichen an der von Schulze-Delitzsch und seinen Anhängern geübten Agitation, die nicht die großen Arbeiterkreise erfassen konnte, sondern nur für das Kleinbürgertum und den Mittelstand geschaffen war. Auch die sozialistischen Ideen gegen die Konsumgenossenschaften sind überwunden und in den letzten 10 Jahren entfaltet sich auch in Deutschland die Genossenschaftsbewegung in stetig steigendem Maße. Die Arbeiterklasse muß ihre Macht auf diesem Gebiete mehr ausnützen; wenn von den drei Millionen Stimmen, die die letzte Wahl ergeben hat, zwei Millionen genossenschaftlich organisiert werden, welchen Einfluß könnten sie da ausüben, welche Vorteile gewinnen. Namentlich in Berlin ist viel auf diesem Gebiete zu thun; allerdings muß zugegeben werden, daß hier, solange die Bewegung noch keinen großen Umfang erreicht hat, auch etwas Opfermut nötig ist, um das Gedeihen der Genossenschaften zu ermöglichen. Der Vortragende schilderte dann die Schwierigkeiten, die den Konsumvereinen von bürgerlicher Seite gemacht werden, wie man durch die Umfassung der Vereine gefährden solle und auch in diesen Gebieten politische Gefahren sehe. Die Genossenschaften haben nichts mit Politik zu thun, aber sie sind eine vorzügliche Handhabe zur wirtschaftlichen Erziehung der Arbeiterklasse. Die Krönung des Genossenschaftswesens ist die Eigenproduktion. Auch hier ist jetzt in Deutschland schon manches geleistet worden, besonders in Bädereien, und jetzt will man eine Seifenfabrik errichten. Auch hier ist es, neben den rein praktischen Vorteilen für die Konsumenten, die Möglichkeit, Beweise zu liefern, daß auch unter den besten Arbeitsbedingungen und hohen Löhnen ein Betrieb bestehen kann. „Konsumenten Berlins, vereinigt Euch!“ mit diesen Worten schloß der Referent seinen interessanten Vortrag. In der Diskussion wandte sich Herr Rügge ganz besonders an die Frauen, die die beruflichen Vertreterinnen des Genossenschaftswesens seien. Auch hier wieder muß uns England vorbildlich werden. Die Vorsitzende teilte mit, daß die nächste Versammlung am 9. Mai stattfindet.

Versammlungen.

Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Berlin). Am Montag fand im „Kofenthauser Hof“ die Fortsetzung der Generalversammlung für das 1. Quartal d. J. statt. Den Kassenbericht erstattete Weber. Einnahmen und Ausgaben der Centralkasse balanzieren in der Summe von 8671,75 M. In der Lokalkasse beträgt die Einnahme inklusive Bestand 7628,97 M., die Ausgabe dagegen 2245,03 M., so daß ein Vermögensbestand von 5283,94 M. verbleibt. Der Zahlstelle gehören 2087 Mitglieder an, davon sind 1950 männliche und 117 weibliche; die Mitgliederzahl hat sich im letzten Quartal um 53 erhöht. Als besonders bemerkenswert wurde hervorgehoben, daß die Bestimmungen, mit der Einführung der obligatorischen Beitragsleistung zum Lokalfonds würde ein Mitgliederverlust eintreten, sich keineswegs erfüllt haben, sondern im Gegenteil ein Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen war, ganz abgesehen von der erheblichen finanziellen Stärkung der Zahlstelle. Auf Antrag wurden dem Streikfonds der Centralkasse 300 M. überwiesen. — Hierauf berichtete Dietrich über die Verhandlungen der Brandenburger Provinzialkonferenz, die am 2. Dittage im Berliner Gewerkschaftshause stattfand. Von den 24 Zahlstellen der Provinz sind dazwischen 20 mit 31 Delegierten vertreten gewesen. Die Lohnverhältnisse sind in den meisten Provinzialorten noch außerordentlich traurige, besonders bei den Innungsmeistern. Wochentöhne von 8—12 M. sind gang und gäbe, bisweilen werden auch nur 7 M. verdient, wie z. B. in Kottbus. Der Durchschnittslohn der Fabrikarbeiter beträgt 18 M. Betont wurde jedoch, daß in den Provinzen, wo es noch schlechtere Löhne gezahlt werden, wie z. B. in der Provinzialstadt, die in solchen Verhältnissen beschäftigten Arbeiter in ihrer Mehrzahl der Organisation auch noch völlig indifferent gegenüber. Aus Brandenburg ist mitgeteilt worden, daß eine Firma ihre Schuttporen vorwiegend im Justizhause zu verwenden gesehen läßt und diese dann per Annonce in dem Organ der Provinzialkonferenz, der Gesellschaft deutscher Konsumvereine dem Publikum anbietet. Die Schriftleitung der Provinzialkonferenz soll auf die Praktiken jener Firma aufmerksam gemacht werden. Von den Anträgen, die der Konferenz unterbreitet wurden, gelangten außer den auf die kommende Generalversammlung des Verbandes Bezug habenden folgende zur Annahme:

1. Die Zahlstellen des Bezirks sind verpflichtet, pro zahlendes Mitglied und Quartal 5 Pf. an die Agitations-Kommission abzuführen. Die Beiträge sind vierteljährlich, spätestens 4 Wochen nach Ablauf des Quartals einzuwenden. Der Beitragsleistung zu Grunde gelegt wird die am Schlusse des Quartals festgestellte zahlende Mitgliederzahl. Zahlstellen unter 50 Mitglieder können die Beiträge auch in halbjährlichen Raten leisten. Die Aufgabe von Marken seitens der Agitationskommission wird aufgehoben.
2. Die Zahlstellen sind verpflichtet, die für ihren Ort bestehenden Lohnverhältnisse für Schuhmacher und Schuhindustrie bei der Kommission einzureichen.
3. Die Agitationskommission behält in bisheriger Stärke (5 Mann) ihren Sitz in Berlin. Die Kommission ist berechtigt, zu Referenten auch Kollegen aus der Provinz mit heranzuziehen, wenn dazu geeignete vorhanden sind und der Bestimmungsort von dem in Betracht kommenden Kollegen leichter zu erreichen ist, als von Berlin aus.

Vermehrt ist noch folgender Antrag, der von der Zahlstelle Nowa wes gestellt war: „Die Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher erwarten von ihren befohlenen Beamten, daß sie ihre volle Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst des Vereins stellen und jeder offiziellen politischen Betätigung fernbleiben.“ Der Antrag hat seine richtige Würdigung darin gefunden, daß die Konferenz über denselben ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen ist. In den Beschlüssen der Konferenz wurden Ausfahrungen nicht erhoben. Da auch in der Versammlung neue Anträge zum Verbandstag nicht gestellt wurden, so teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Wanderversammlung um 12 Uhr mittags im „Schweizergarten“ abgehalten wird; der übrige Teil der Feier wird in der bisher üblichen Weise vor sich gehen. Auf eine Anfrage hin wurde außerdem bekannt gegeben, daß die Sperrung über die Firma K u f s e bis auf weiteres nach wie vor bestehen bleibt.

Die Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins zu Spanbau, welche am letzten Donnerstag stattfand, war verhältnismäßig gut besucht. Der vom Vorstande erstattete Kassenbericht für das erste Quartal 1904 weist eine Einnahme von insgesamt 308,49 M. und eine Ausgabe von 166,39 M. auf, so daß ein Kassenbestand von 142,10 M. verbleibt. Außerdem ergab der Lichtbildervortrag am ersten Osterfesttag einen Ueberfluß von 31,40 M. Die Endabrechnung mit der „Laternen“ schließt mit 125,40 M. Defizit ab; hinzu kommen aber noch die Kosten des letzten Preßprojektes, in welchem Genosse K o n i g er seine zwei Wochen lang verurteilt worden ist. Genosse S c h o l z ermahnte die Anwesenden, nun wieder frisch am Werk zu gehen, um raslos für unsere Ideen zu werden. Die Segner stellten jetzt alles Erdenschliche auf, um ihrem „Neuen Wahlverein“ aus den Reihen der Staatsarbeiter neue Mitglieder zuzuführen. Demgegenüber mühten wir uns ganze Kräfte daran, um unsere eigene Organisation bedeutend zu stärken. Der jetzige Mitgliederbestand des Socialdemokratischen Arbeitervereins sei geradezu bedauernd niedrig. Hierauf hielt Genosse Barthel-Berlin einen fesselnden Vortrag, in welchem er, anknüpfend an das Wort Wilhelms II.: „Die Socialdemokratie überlassen Sie uns nur“, in großen Zügen schildert, welche Entwicklung die ökonomischen Verhältnisse im Laufe der Jahrhunderte genommen haben, und wie wenig die Ideen oder der Wille einzelner diesen Gang der Entwicklung zu beeinflussen vermögen. Redner machte den Versammelten in vorzüglicher Weise klar, was unter der marxistischen materialistischen Geschichtsauffassung zu verstehen ist, und erntete für seinen lehrreichen Vortrag warmsten Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenem gab Genosse K o n i g er die Erklärung ab, daß er die dem Genossen K i e g e r zugesagte Beleidigung bedauere und die betreffende Äußerung hiermit zurücknehme.

Die Zahlstelle Rixdorf des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 21. April ihre Generalversammlung bei Ziel ab. Der Kassierer Rothe gab den Kassenbericht vom ersten Quartal. Nach seinen Ausführungen betragen die Einnahmen der Hauptkasse 2435,89 M., die Ausgaben derselben 2351,79 M., Bestand für das zweite Quartal 84,10 M. Die Einnahmen der Lokalkasse 1096,70 M., die Ausgaben derselben 1100,68 M., Bestand für das zweite Quartal 9096,02 M. Dem Kassierer wurde Bedache erteilt. Hierauf erhielt der Referent, Genosse Davidsohn, zu seinem Vortrage „Unser Minister“ das Wort. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. In der Diskussion forderte der Kollege Hennig die Anwesenden auf, im Sinne des Referenten zu wirken. Bei der nun erfolgenden Wahl eines Schriftführers wurde der Kollege Hirschfeld gewählt. Hierauf wurden noch einige andre Verbandsangelegenheiten erledigt.

Weiskene. Am 19. d. Mts. fand im „Prälaten“ die ordentliche Generalversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins statt. Den Bericht des Vorstandes gab der Vorsitzende S c h m u h. Die Thätigkeit erstreckte sich hauptsächlich auf die Gemeindevertreterwahlen, welche im März stattfanden, und mühten die Genossen noch intensivere Thätigkeit entfalten. Es haben 6 ordentliche und 4 außerordentliche Vorstandssitzungen stattgefunden, sowie 2 Mitglieder-versemmlungen; auch den Besuch der letzteren mußte der Vorsitzende demängeln. Ferner unterbreitete Genosse S c h m u h der Entscheidung der Versammlung das Verhalten gegen alle diejenigen Mitglieder, welche bei den angeführten Wahlen nicht gewählt haben. Es wurden auf Beschluß der Versammelten aus dem Wahlverein ausgeschlossen diejenigen, welche behufs Entschuldigung vom Vorstand geladen und nicht erschienen sind; ferner mit nicht genügender Entschuldigung B. Sorrer und Gastwirt Wilko. Dauernd ausgeschlossen wurde Bürger, welcher statt einer Entschuldigung einen Brief voller Moraltadeln an den Vorstand gefandt hatte. — Der Bericht des Kassierers Reife ergab eine Einnahme von 835,23 M., eine Ausgabe von 524,17 M. und eine Mitgliederzahl am 31. März von 808. Nunmehr nahm die Versammlung den Bericht des Vertrauensmannes entgegen. Derselbe drehte sich in der Hauptsache ebenfalls um die Gemeindefragen. Ein erfreuliches Bild ergab der Bericht der Zeitungsredaktion. Der Abonnentenzuwachs betrug durch Agitation nach den Landtagswahlen 102 Neubonumenten, so daß jetzt über 1000 Bonumentenabonnenten am Orte sind. Dem Exekutiv wurde eine Gehaltszulage gewährt. Eine Neuwahl der Revisoren ergab als solche die Genossen Mai, Sorrer und Kaufhold. Dem Vertrauensmann überwies man 150 M. und wurde ferner ein Antrag des Vorstandes auf Aenderung des § 7 der Geschäftsordnung nach der Fassung des Vorstandes angenommen. Mit einem Appell an die Mitglieder auf rege Agitation schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neues „Attentat“ auf den Ministerpräsidenten Maure.

Madrid, 26. April. (B. G.) Auf den Wagen des heute hier eingetroffenen Ministerpräsidenten Maure wurde zwischen den Stationen Alicante und Encina ein Schuß abgefeuert. Die Kugel fuhr in die Decke des Wagens, ohne weiteren Schaden anzurichten.

Englisches Unterhaus.

London, 26. April. (B. L. B.) Rasch fragt an, ob dem deutschen Kaiser gestattet werde, die Galerien, die Forts und die Verteidigungswerke in Gibraltar zu besichtigen, die gewöhnlichen englischen Besuchern zu sehen nicht erlaubt sei, ferner welche Galerien der Kaiser gesehen habe.

Der Staatssekretär des Krieges Arnold Forster erwidert, den königlichen Anordnungen gemäß sei dem kommandierenden General die Verantwortung für die Wahrung des Geheimnisses der Verteidigungswerke anvertraut. Es seien keine Mittelungen über die in der Anfrage erwähnten Punkte dem Kriegeministerium zugegangen und man habe nicht beabsichtigt, die Discretion des Generals White in Frage zu stellen.

Flüchtiger Bankbeamter.

Essen, 26. April. (B. L. B.) Das Mitglied der Direktion der Vorbeide Kredit- und Spargesellschaft in Borbeck Carl Hollmann ist heute unter Mitnahme von 12 000 Mark geflüchtet; Hollmann soll Depositen bei dieser Bank haben, durch die der Schaden gedeckt ist.

Hamburg, 26. April. (B. G.) Der französische Dampfer „Emma“ rannte ein mit Arbeitern besetztes Dampfboot in den Grund. Die ins Wasser geschleuderten Insassen wurden bis auf einen gerettet.

Blin, 26. April. (B. G.) Gestern abend wurde der Grundarbeiter Georg Schreiner von einer Rote streifender Arbeiter (N) überfallen und tödtlich mißhandelt. Zu seiner Verteidigung griff er nach einem Revolver und feuerte aus demselben sechs Schüsse ab. Einer der Angreifer wurde von drei Schüssen getroffen und starb sofort. Ein anderer wurde lebensgefährlich verletzt. Der Ueberfallene hatte einen Schulterbruch und Kopfverletzungen erhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Braunschweig, 26. April. (B. G.) Heute vormittag entstand in der Dachpappenfabrik von Schacht Großfeuer, wobei der Destillierapparat explodierte. 450 Centner Teer verbrannten. Fünf Personen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Schaden beträgt ca. 30 000 M.

Leipzig, 26. April. (B. L. B.) Im Witternachts Bruch in der Stadt Buzacoj eine Feuersbrunst aus, die 200 Häuser einäscherte. 3000 Personen sind obdachlos, zwei sollen verbrannt sein.

Leipzig, 26. April. (B. G.) Die Stadt Buzacoj steht in Flammen. Ueber 200 Wohnhäuser sowie das Gemeindefaß, mehrere Schulen und die ruthenische Kirche sind niedergebrannt. 3000 Menschen sind obdachlos; zwei Personen verbrannt.

Lissa, 26. April. (B. L. B.) Der Ausfall der Zeitungsfabrik ist beendet.

Reichstag.

76. Sitzung. Dienstag, den 26. April 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowski.

Zunächst werden drei von Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz am 12. Juni 1902 abgeschlossene Abkommen über das internationale Privatrecht in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Krankenfürsorge für Seeleute.

Art. 1 ändert den § 50 der Seemannsordnung wie folgt: Falls der Schiffsmann nach Antritt des Dienstes oder nach der Amusterung erkrankt, trägt der Reeder die Kosten der Verpflegung und Heilbehandlung während 26 Wochen.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Verpflichtung des Reeders auszudehnen auf eine Fürsorge für Erkrankungen der Seeleute innerhalb drei Wochen nach der Amusterung.

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Begründet diesen Antrag. Wir wünschen eine Uebereinstimmung der Krankenfürsorge für Seeleute mit der am Lande beschäftigten Arbeiter herbeizuführen. Der vorliegende Antrag soll einen heute vielfach üblichen Mißstand beseitigen. Im Ausland erkrankte Seeleute werden, wie der von meinem Fraktionsgenossen Schmalfeld neulich vorgebrachte Fall beweist, häufig einfach an Land gesetzt und bleiben dann ohne jede Entschädigung. Die Seeleute erkennen vielfach selbst nicht, daß ihre Mangelhaftigkeit, der Vorbote einer schweren Krankheit ist, sie wüßten daher in die Amusterung ein und mit dem Tage der Amusterung verlieren sie jeden Anspruch auf Krankenfürsorge, auch wenn sie sich die Krankheit während des Dienstes zugezogen haben. Insbesondere liegt doch bei epidemischen Krankheiten häufig zwischen der Anstellung und der Erkrankung selbst ein größerer Zwischenraum. Werden die Leute während dessen amustert, so verlieren sie den Anspruch auf Krankenfürsorge. Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen; zumal die Belastung der Reeder durch die Krankenfürsorge durchaus keine besonders große ist. Wünschenswert wäre eine Aufklärung darüber, ob die Seeleute auch dann Anspruch auf Unterstützung haben, wenn sie sich in ihre Familie, statt ins Krankenhaus in Pflege begeben haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat v. Jonquieres:

Der Herr Vorredner hat sein Ersuchen darüber ausgedrückt, daß erkrankte Schiffsteute vom Reeder und Kapitän entlassen würden und ihnen dadurch der Anspruch auf Krankenfürsorge entzogen würde. Diese Auffassung zeugt von einem ganz falschen Verständnis der gesetzlichen Bestimmungen. Wenn der Schiffsmann während des Dienstes erkrankt und darum entlassen wird, so entfällt dadurch in keiner Weise die Versicherung des Reeders, 26 Wochen für seine Heilung zu sorgen. Es kommt nur darauf an, daß die Krankheit während des Dienstes eingetreten ist. Wenn im einzelnen Falle sich die Kapitäne dieser Verpflichtung entziehen, so ist es Sache des Seemannsrats, daß die Amusterung abnimmt, dafür zu sorgen, daß dem Seemann sein Recht wird. Kommt ein solcher Fall im Auslande vor, so kann das Seemannsamt die Amusterung verweigern. Im Auslande hat der Seemann sogar nach dem letzten Absatz des § 50 einen Anspruch darauf, auf Kosten des Reeders in die Heimat geschickt zu werden. Wenn weiter gefragt wird, ob der Seemann einen Anspruch auf Verpflegung auch dann hat, wenn er nicht im Krankenhaus gepflegt wird, sondern in seiner Familie, so ist diese Frage grundsätzlich zu bejahen. Natürlich läßt sich nicht mit kurzen Worten sagen, was das im einzelnen Falle an Geld bedeutet. Wie lange die Verpflegung dauert, ist eine Frage des einzelnen Falles. Nach meiner Meinung hört die Verpflegung erst auf im Augenblick, wo der Seemann wieder arbeitsfähig geworden ist. Jedenfalls hat darüber die zuständige Behörde, das Seemannsamt oder das Gericht zu entscheiden. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so läßt sich nicht verlernen, daß eine gewisse Analogie mit § 20 des Krankenversicherungs-Gesetzes gegeben ist. Aber so lange wir an dem Princip festhalten, daß der einzelne Reeder die Kosten der Krankenfürsorge zu tragen hat — nicht eine Krankenkasse —, so müssen wir einen solchen Antrag für unannehmbar erklären. Nach dem Antrag ist es ganz unklar, wer eigentlich zur Fürsorge verpflichtet ist, wenn der Seemann innerhalb drei Wochen nach der Amusterung sich von einem neuen Reeder amustern läßt und dann erkrankt. Ferner ist nicht berücksichtigt, daß in dem betreffenden Paragraphen des Krankenversicherungs-Gesetzes die Annahme vorgelesen ist, daß die Verpflichtung zur Fürsorge fortfällt, wenn der erkrankte Seemann sich im Auslande aufhält, und das kommt doch gerade bei Seeleuten sehr häufig vor. Außerdem könnte die Konsequenz des Antrages sein, daß die abgemusterten Schiffsteute sich einen heftigen Lebenswandel hingeben und nach 14 Tagen alle krank werden. Das werden Sie auch nicht wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß ein Antrag Kettich eingegangen sei, in Artikel 8 für den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes statt 1. April den 15. Mai 1904 zu setzen.

Abg. Dr. Pösig (natl.): Nach den Ausführungen des Regierungsvertreters verliert es sich wohl von selbst, daß man davon absieht, auf den sozialdemokratischen Änderungsantrag einzugehen. Beschränken wir uns auf das, was die Vorlage giebt. Die ganze Krankenversicherung ist reformbedürftig. Bei dieser Reform wird sich über die Wünsche reden lassen, die von der äußersten Linken heute vorgetragen werden. Der Fall, den der Kollege Schmalfeld vorgetragen, ist gewiß tragisch. Aber gerade bei Seefahrtskrankheiten schwebt man lange in Unsicherheit, bevor sie erkannt werden. Ich erinnere an den Fall hier im Reichstage, der die ganze Session über währte und der die sozialdemokratische Fraktion sehr nahe ging.

Abg. Bergmann (fr. Vp.): Wir werden der Vorlage zustimmen. Der sozialdemokratische Antrag ist unannehmbar, wie der Regierungsvertreter überzeugend nachgewiesen hat.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soc.):

Als die Seemannsordnung geschaffen wurde, glaubte jeder, daß ihre Bestimmungen klar wären. Jetzt sehen wir, wie die Ausleger des Gesetzes sich gegenseitig in den Haaren liegen, und die Seeleute werden überhaupt nicht mehr klug. Dem Herrn Regierungsvertreter möchte ich nur den Rat geben, sich einmal unerkannt auf einem Schiffe zu verheuern (Heiterkeit), dann wird er bald klüger sein. Ich bin seit Anfang der sechziger Jahre Mitglied einer Seefahrtsklasse und kenne die Verhältnisse. Jedemal wenn der Winter ins Land kommt, steigt die Krankenziffer dieser Klasse außerordentlich. Ich selber bin einmal gleich nach der Amusterung krank geworden. Der Arzt hat mich befehrt, daß ich mir die Krankheit bei den schweren Stürmen zugezogen habe, die Ende Herbst auf der Ost- und Nordsee herrschen. Solange man thätig ist, zeigt sich die Krankheit nicht, erst nachher kommt sie zum Ausbruch.

Die Erkrankungen haben mit dem Uebernehmen der Dampfschiffe erheblich zugenommen. Die hölzernen Segelschiffe waren viel gesünder als die eisernen Dampfschiffe; die Segelschiffe konnten 3. B. während des Winters nicht so viel fahren wie heute die Dampfschiffe. — In dem Falle, den Geheimrat Jonquieres anführte, daß der Seemann innerhalb drei Wochen nach der Amusterung bei einem andern Reeder angemustert wird, ist natürlich der neue Reeder fürsorgepflichtig. Es handelt sich hier nur um die Seeleute, die nach

der Amusterung unthätig am Lande liegen und erkranken. Unser Antrag mag ja noch verbesserungsbedürftig sein, aber er liegt im Interesse der Seeleute, und ich bitte Sie dringend um Annahme desselben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirsch (C.): Die Einwendungen des Geheimrats Jonquieres gegen den Antrag Mollenhuth sind nicht widerlegt worden; wir werden aus dem von ihm angeführten Gründen gegen den Antrag stimmen. Herr Schwarz riet Herrn v. Jonquieres, sich einmal drei Monate auf einem Dampfer amustern zu lassen. Ich weiß nicht, ob er dabei an Herrn Göhre gedacht hat, der, trotzdem er drei Monate Fabrikarbeiter war, doch nicht würdig befunden wurde, sozialdemokratischer Abgeordneter zu werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Daß es schwer ist, sachliche Argumente gegen meinen Antrag vorzubringen, bewies der Herr Redner durch das Hineinziehen von ganz fernliegenden Sachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ihm nicht den Gefallen thun, ihm auf dies Gebiet zu folgen, wenn ich ja auch aus Kreisläufigkeiten recht nette Anecdotten erzählen könnte. Nehmen Sie unsern Antrag an, dann rechtfertigen Sie das Verlassen der Reeder, hilflose Seeleute an Land zu setzen. Der Antrag wäre vielleicht überflüssig, wenn die Seemanns-Ordnung eine Bestimmung enthielte, daß jeder Amustierende vorher auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen ist. Das ist heute nicht der Fall und jeder Seemann, der einmal amustert ist, ohne daß seine Krankheit angezeigt war, verliert den Anspruch auf Unterstützung. Der Zwiespalt, daß zwei Fürsorgepflichtige vorhanden sein können, besteht auch nach dem gegenwärtigen Gesetz. Es kann sehr wohl ein Seemann ein paar Tage vor der Amusterung neu amustert werden und wenn er in diesen Tagen erkrankt, so ist auch die Schwierigkeit vorhanden, wer fürsorgepflichtig ist.

Wenn diese Schwierigkeit ausschlaggebend sein soll, hätte man also schon die ganze Seemannsordnung scheitern lassen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Vp.) beantragt, in dem Antrage Mollenhuth hinter „innerhalb drei Wochen nach Amusterung“ einzufügen „ohne amustert zu sein oder einer krankheitsversicherungspflichtigen Beschäftigung anzugehören“. Durch diese Einfügung seien die Einwendungen des Regierungsvertreters illusorisch gemacht.

Abg. v. Savigny (C.): Alle Schwierigkeiten, die der Herr Regierungsvertreter vorgeführt hat, beseitigt auch dieser Antrag nicht; es ist also unmöglich, im Augenblick die Sache zu regeln. Auch wir wünschen ja, daß recht bald auf diesem Gebiete eine organische Aenderung eintritt, jetzt aber sollte man vor allem dafür sorgen, daß den Seeleuten die Vergünstigung der wöchentlichen Krankenfürsorge so schnell wie möglich zu teil wird.

Abg. Dr. Pösig (natl.) erklärt, daß auch seine Freunde nicht bereit seien, Augenblicke zu machen.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Mollenhuth und Mugdan werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen abgelehnt und Artikel 1 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen, hinter den Artikel 1 des Gesetzes folgenden Artikel 1a einzufügen:

§ 61 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Für die Dauer des Aufenthalts in einer Krankenanstalt gebührt dem Schiffsmann keine Steuer. Hat er Frau oder Kinder, so ist diesen ein Viertel der Steuer zu zahlen. Ist dieser Betrag niedriger als der Mindestanspruch, den die Familien gegen Krankheit versicherter Arbeiter haben, so ist ein Betrag in Höhe von einem Viertel des ordentlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner des Ortes, in welchem die Familie ihren Wohnsitz hat, zu zahlen. Hat er keine Frau oder Kinder, aber Verwandte aus freier Hand oder elternlose Enkel, deren Lebensunterhalt er ganz oder überwiegend bestritten hat, so ist diesen der Betrag zu zahlen, auf welchen Frau oder Kinder Anspruch haben.

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Begründet diesen Antrag.

Der Schwerpunkt des Antrages liegt darin, daß die Worte „ganz oder überwiegend“ an die Stelle der früheren Fassung „ganz oder teilweise“ treten sollen, wodurch die Leistungen der Versicherungsanstalten an Frau und Kinder des erkrankten Seemanns erheblich erhöht werden. Die Worte „ganz oder teilweise“ seien ja auch nur durch ein Versehen in das Gesetz hineingekommen. Es erscheine zweckmäßig, die Frau nicht erst schwören zu lassen, daß sie ganz oder überwiegend von dem Verdienst ihres Mannes gelebt hat. Man sollte die Unterstützung ohne weiteres gewähren. Dagegen, wo es sich um entferntere Verwandte handelt, wollen wir den Nachweis aufricht erhalten wissen. Wir wollen also ein neues Princip einführen. Wenn Sie eine Uebereinstimmung mit dem See-Unfallversicherungs-Gesetz herbeiführen wollen, so müssen Sie unsern Antrag annehmen. Ueberhaupt sollten festere Normen aufgestellt werden, damit nicht wie bei der jetzigen Fassung fortwährend Streitigkeiten möglich sind. Wir wünschen, daß auch die See-Arbeiter die Wohlthat der Versicherung genießen, deren jetzt die Landarbeiter teilhaftig sind. Die Befürchtung, daß für die Reeder eine übermäßig große Belastung entsteht, kann ich nicht teilen, umso weniger als die See-Arbeiter viel weniger zahlreich verheiratet sind als die Landarbeiter. Mit wenigen Tausend Mark läßt sich unser Antrag verwirklichen, und ich hoffe, daß er auch in Reederkreisen auf keinen erheblichen Widerstand stoßen wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß wenn der Seemann im Krankenhaus liegt, der Familie die notwendigen Subsistenzmittel gewährt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimer Regierungsrat Dr. v. Jonquieres: Die Grundtendenzen des Antrages wird von der Regierung als berechtigt anerkannt; aber so, wie er vorliegt, erscheint er als ein ganz bedenklicher Versuch, die Grundzüge der Unfallversicherung maßgebend zu machen für die Regelung der Krankenfürsorge. Die Fassung „ganz oder überwiegend“, welche die Sozialdemokraten ändern wollen und die auch von juristischer Seite als sehr bedenklich bezeichnet worden ist, ist dadurch gerechtfertigt, daß dieselben Ausdrücke in der neuen Seemannsordnung acceptiert worden sind.

Wohin sollten wir kommen, wenn die Grundzüge der Unfallversicherung so ohne weiteres übertragen würden! Nach dem Antrag Mollenhuth würde auch erwachsenen Kindern, die schon selbständig ihren Lebensunterhalt verdienen, ein Anspruch gewährt, was bisher nicht der Fall ist, andrerseits würden dadurch Ungerechtigkeiten, indem z. B. eine unverheiratete Schwester, die auf die Unterstützung des Schiffsmannes angewiesen sei, nach diesen Vorschlägen nichts bekäme. Die Stewards werden nach der bisherigen Seemannsordnung in der That geschädigt. Es sollte gesagt werden, daß das Krankengeld nicht nach dem Geuerverdienste, sondern nach dem Arbeitsverdienste dieser Leute bemessen wird, um damit auch die Einzelglieder einzuschließen. Wir haben in unserer Handelsflotte viele Tausende Ausländer, und die Seemannsordnung gilt auch für diese. Was soll in Bezug auf diese Ausländer als ordentlicher Tagelohn maßgebend sein? Gegenüber den fortwährenden Behauptungen, es handle sich für die reichen Reedereien nur um eine Kleinigkeit, muß ich konstatieren, daß mir von Versicherungsgelehrten wiederholt versichert worden ist, daß es selbst großen Reedereien sehr schwer würde, ihre Beiträge zur Seebereitschaftspolice pünktlich zu zahlen, und daß diese häufig erst im Wege des Zwangsverfahrens eingetrieben werden müßten. Daher halte ich den Antrag, trotz der ihm anhaftenden guten Tendenz, wegen seiner vielen Ungerechtigkeiten für nicht annehmbar.

Abg. Kirsch (C.): Wie sind auch gegen diesen Antrag aus denselben Gründen, die Herr Geheimrat Jonquieres angeführt hat,

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Der Herr Regierungsminister erwähnte die Möglichkeit, daß auf deutschen Schiffen auch Ausländer fahren. Nun, es kann auch auf dem Lande vorkommen, daß ausländische Arbeiter, deren Familien im Auslande wohnen, Krankenfürsorge beziehen. In solchen Fällen erhält eben die Familie keine Unterstützung, und so würde es auch hier sein! Ich möchte einmal die Frau eines Seemanns sehen, die in England wohnt und sich an einen deutschen Reeder wendet, um Familienunterstützung auf Grund der Seemanns-Ordnung zu erlangen. Sie kann nicht selbst hingehen und das Streifenverfahren würde für sie noch teurer werden als die in Betracht kommende Unterstützung beträgt. Es wird immer von den kleinen Reedereien gesprochen, die zu sehr belastet würden. Aber die Einführung der Familienunterstützung würde nur 5 Pf. pro Kopf des Seemanns Mehrkosten verursachen, und weiter, könnten etwa die Frauen und Kinder erkrankter Seeleute den Ausfall der Unterstützung eher ertragen als die Reeder eine so kleine Belastung? Von dieser Auffassung scheinen ja die Herren auszugehen, die die Reeder immer schonen und den Familien der erkrankten Seeleute die Unterstützung vorenthalten wollen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarz-Lübeck (Soc.):

Von der Belastung der kleinen Reeder wird immer nur gesprochen, um die Ausbeutungssucht der großen Reeder zu bemängeln und zu verdammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die großen Reedereien würden allerdings durch unsern Antrag belastet werden, aber daß sie mehr leisten müßten, ist ja ganz natürlich. Denn auf den großen Schiffen kommen so viel mehr Unglücksfälle und Krankheiten vor wie auf den kleinen. Daß ausländische Seeleute keine Familienunterstützung bekommen, ist auch früher so gewesen. Ich besinne mich noch auf den Fall einer schwedischen Stewardesse, die ihre arme alte Mutter in Schweden ernährte. Als das Schiff zu Grunde ging, erhielten die Angehörigen der übrigen Besatzungsmannschaft ihre Mante, aber die arme alte Mutter der schwedischen Stewardesse hat nichts bekommen. Das Gewannere der großen Reeder ist geradezu fesselhaft, wenn man bedenkt, wie hohe Dividenden sie beziehen, und wie niedrig die Heuern sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei und des Abg. v. Gerlach. — Der Artikel 2 wird debattelos angenommen. — Als Artikel 3a wird der oben erwähnte Antrag Kettich, der das Inkrafttreten der Vorlage auf den 15. Mai festsetzt — angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen außerdem folgende Resolution: „Der Herr Reichskanzler wird ersucht, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wodurch Personen, die auf deutschen Schiffen beschäftigt werden, soweit sie nicht dem Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 unterliegen, gegen Krankheit versichert werden, mit der Maßgabe, daß nach Beendigung des Dienstverhältnisses das Recht auf Weiterversicherung fortbesteht, und mit der ferneren Maßgabe, daß auch für die Seeleute das Princip der Selbstverwaltung in gleicher Weise zur Anerkennung gelangt, wie für die übrigen der Krankenversicherung unterstellten Personen.“

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Die Resolution hätte eigentlich eingebracht werden müssen von den Herren, die immer für den Mittelstand eintreten. Nichts kann den kleinen Reeder mehr schädigen, als der heutige Zustand, wo seine Mannschaft nicht versichert ist. Erkrankt ein großer Teil derselben im Auslande, so können dadurch dem kleinen Reeder Lasten entstehen, die seine finanziellen Kräfte weit übersteigen. Es müßte eine einheitliche Kasse für alle Reedereien geschaffen werden. Die Krankenversicherung müßte auch eingeführt werden, damit die Seeleute, die mindestens einen Monat im Jahre ohne Beschäftigung sind, sich selbst weiter versichern können und so nicht ganz ohne Krankenfürsorge bleiben. Im Auslande könnte der Reeder der Vertreter der Kasse sein. Bei Schaffung einer Versicherung hätte auch kein Reeder mehr ein Interesse daran, einen Seemann um sein Recht zu betrügen und hilflos im Auslande zu lassen. Es würden so manche Härten des jetzigen Zustandes beseitigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen und des Abg. Erzberger (C.) abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Vorfengesetz.

Ein Antrag Kämpf (fr. Vp.), die Beratung der Novelle zum Stempelsteuergesetz hiermit zu verbinden, wird, nach dem sich die Abgg. Graf Oriola (natl.) und Kirsch (C.) dagegen erklärt haben, abgelehnt.

Preussischer Handelsminister Müller:

Das Vorfengesetz vom Jahre 1896 war eine Folge der Erregung über mancherlei Vorgänge, die seit Jahrzehnten an der Börse vorgekommen waren! Der meichörte Mißschlag, der auf den großartigen wirtschaftlichen Aufschwung infolge der fünf Milliarden Kriegsentwässerung folgte, und die Verluste weiter Volkswirtschaft, die sich in den Taumel des Aufschwungs hatten hineinziehen lassen, wurden dem Vorfengesetz zugeschrieben. Viel geringer war der Mißschlag nach der Umfassungsperiode 1890/91, aber auch nach ihm wuchs die Abneigung gegen die Börse in weiten Kreisen. Daher wurde 1892/93 die Vorfengesetze unter allgemeiner Zustimmung des Reichstags eingelegt. Diese förderte ein umfangreiches Material zu Tage, zu dessen Beurteilung man Jahre brauchte, bis 1896 das Vorfengesetz vorgelegt werden konnte. Dieses Gesetz erhielt im Reichstage eine erhebliche Erweiterung. Es wurde der Terminhandel verboten. Gegen dieses Verbot und die bereits in der Regierungsvorlage enthaltene Einföhrung des Vorfenregisters wendete sich vor allem die Opposition der Börsekreise. Das Vorfenregister empfanden die Kaufleute als eine Deklassierung. Andre Kreise der Börsenwelt erklärten wieder, daß sie das Vorfenregister anerkennen wollten, so daß innerhalb der Börse selbst die bestigsten Streitigkeiten entstanden. Obwohl die großen Banken für das Vorfenregister eintreten, kam dasselbe doch infolge des gewaltigen Widerstandes in den übrigen Kreisen der Börsenwelt nicht zur Durchführung. Das Verbot des Terminhandels andererseits wurde besonders von der Produktendörse bekämpft. Der preussischen Regierung wurde ein schwerer Vorwurf daraus gemacht, daß sie diese Wiedereinföhrung des Zeitgeschäftes in Produkten, wenn auch in veränderter Form, gebildet habe. Ich halte aber diese Wiedereinföhrung, besonders für Getreide, für eine Notwendigkeit. Für die Effektenbörse tritt dasselbe Bedürfnis hervor.

Es ist behauptet worden, das Vorfengesetz habe gut funktioniert. Nicht das Vorfengesetz sei die Ursache der wirtschaftlichen Depression, sondern die Börse selbst. Ich meine, die Bewegungen auf dem Geldmarkt 1896 bis 1900 waren so stark, daß auch die Schädigungen durch das Vorfengesetz dagegen verschwinden, soweit sie den Effekten-Handel betrafen. Ein so starker wirtschaftlicher Aufschwung wie der der Jahre 1896 bis 1900 war auch am Anfang der 70er Jahre noch nicht dagewesen. Da ist der Mißschlag im Jahre 1900 zu erklären. Dieser Mißschlag hatte keine Ähnlichkeit mit dem von 1873/74. Diesmal hatte es sich vor allem um eine zu große Anspannung kommunaler und staatlicher, also durchaus potenter Unternehmungen. Der verstorbene Abg. v. Siemens wies zuerst darauf hin, welche Folgen das Vorfengesetz mit dem Differenzgewinn haben könnte. Damals glaubte man nicht, daß sich Leute finden könnten, die die Gewinne einheimen, aber die Verluste nicht tragen wollten. In der Begründung der Vorlage ist eine Statistik über die Anwendung der Differenzgewinne gegeben, die beim Landgericht I und II in Berlin vorgekommen sind. Ihre Summe beträgt zwei Millionen. Dabei ist noch eine sehr große Zahl der Ansprüche durch Vergleich aus der Welt geschafft, so daß die wirklichen durch den Differenzgewinn eingetretenen Schädigungen nicht bekannt sind.

Es hat damals eine Enquete durch die Besten der Kaufmannschaft stattgefunden. Von den befragten Firmen haben 588 überhaupt nicht geantwortet. 101 Firmen haben über Differenzentwände berichtet und 301 Fälle mitgeteilt, in welchen die Gültigkeit von Börsen-Termingeschäften in Frage gestellt worden ist, und nur 119 Firmen haben mitgeteilt, daß bei ihnen derartige Fälle nicht vorgekommen seien. Nach meiner Uebersetzung sind unendlich viel mehr solche Fälle zu verzeichnen gewesen. Die Mehrzahl der Firmen hat aber, um ihren Kredit nicht zu schädigen, darüber nichts verlauten lassen wollen. Leider muß ich sagen, daß die Mehrzahl derjenigen, die von den Einwänden des Börsengesetzes Gebrauch machen, Geschäftleute, ja sogar Bankiers waren, die sich so etwas nicht zu Schulden kommen lassen durften. (Sehr richtig! links.) Dieser Vorgang legte den Gedanken einer Revision des Gesetzes nahe. Es wurde im Jahre 1901 der Börsenausschuß berufen und ich habe im September eine Konferenz abgehalten, an der auch Reichstags-Abgeordnete teilnahmen. Was dort beschloffen wurde, ist im wesentlichen die Grundlage der heutigen Vorlage. Das Börsenregister und das Terminhandelsverbot sind unangetastet geblieben. Man hat nur dem Verbot von Treu und Glauben entgegengetreten wollen. (Der Minister wird in seinen weiteren Ausführungen stellenweise verständlich.) In der Öffentlichkeit hat man sich dagegen gewandt, daß die Bedingungen, unter denen die Geschäfte zur Börse zugelassen werden sollen, vom Bundesrat zu genehmigen sind. Es war notwendig, dies einheitlich für das ganze Bundesgebiet zu regeln. Die Begründung des Gesetzes im einzelnen wird zweckmäßiger in der Kommission geschehen. Daß dem Artikel 2 der Vorlage rückwirkende Kraft gegeben wird, erscheint unbedingt notwendig, um für die Vergangenheit die nötige Geschäftssicherheit zu gewähren. Ich bitte Sie dringend, daß die Vorlage zustande kommt, und zwar möglichst noch in dieser Session. (Bravo!)

Abg. Graf Rauten (L.):

Es ist wohl nicht vorgekommen, daß sich eine Regierung von den Opponenten eines Gesetzes zur Einbringung einer Abänderungsnovelle drängen läßt, statt sie zur Unterwerfung unter das Gesetz zu zwingen. Der Widerspruch gegen das Börsengesetz geht hauptsächlich aus nur von der Berliner Börse aus, während die Mehrzahl der deutschen Börsen sich an dem Berliner Entrüstungssturm nicht beteiligen hat. Es ist falsch, daß der Anstößler unsern Banken, z. B. des Berliner Kassendirektors infolge des Gesetzes großen Schwankungen unterworfen worden ist. Auch der Rückgang der Erträge aus der Börsenimpfsteuer ist keineswegs eine Folge des Gesetzes, sondern der wirtschaftlichen Depression. Den viel besprochenen Kursrückgang von Industriepapieren kann ich nicht als Nachteil für den Volkswohlstand ansehen. Schaden davon haben nur die Spekulanten. (Sehr wahr! rechts.) Wenn die Novelle zum Gesetz wird, so dürfte von dem ganzen Börsengesetz wenig übrig bleiben. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Es ist gesagt worden, daß die Vorlage sich in Uebereinstimmung mit dem Votum des Börsenausschusses vom 9. Juni 1901 befindet. Nun besteht aber dieser Ausschuss zu zwei Dritteln aus Börseninteressenten, während die produktiven Stände nur zu 1/3 vertreten sind. Dieses Drittel hat damals auf meinem Antrag beschloffen, daß die bisherigen Erfahrungen nicht ausreichen, um eine Revision des Börsengesetzes schon jetzt notwendig oder zweckmäßig erscheinen zu lassen. Allerdings haben sich bei der Anwendung des Börsengesetzes gewisse Mängel herausgestellt, aber das ist bei jedem neuen Gesetz unvermeidlich, und hat sich auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch gezeigt. In der Kommission war es unser Hauptbestreben, das Börsengesetz von 1896 in materielle Uebereinstimmung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu bringen. Formell soll zwar in der Vorlage an dem Verbot des Terminhandels festgehalten werden; inhaltlich wird aber dem Bundesrat die Befugnis gegeben, Zeitgeschäfte und andre nicht als Termingeschäfte zu erklären. Solche Bestimmungen sollten nicht als administrativ, sondern nur auf gesetzlichem Wege erlassen werden. Wir würden auf diesem Wege zu einer einfachen Wiederherstellung des Terminhandels kommen. (Sehr richtig! rechts.) Aus den Motiven erhellt, daß sich eine große Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts herausgebildet hat. Es heißt, es sei den Lieferungsgegeschäften und Kassageschäften der Rechtsboden entzogen worden, einen solchen Rechtsboden haben sie nie besessen. (Sehr richtig! rechts.) Es freut mich, daß es in Deutschland noch Richter giebt, die unbestimmt um den organisierten Widerstand der Börse und ihren Entrüstungssturm nach bestem Wissen und Gewissen Recht sprechen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Alle die Gründe, die wir vor 8 Jahren ausführlich erörtert haben, bestehen heute noch fort. Durch den Getreideterminhandel wird das natürliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der Landwirtschaft verschoben. Ganz hervorragende Getreidehändler haben sich gegen den Getreideterminhandel ausgesprochen und die nachteiligen Wirkungen für die Landwirtschaft zugegeben. Hoch angelegene Vertreter der Röhrenindustrie beklagen, daß in Berlin ganz minderwertiger Weizen geliefert worden ist. Der eine hält jedes Termingeschäft für verwerflich, ein andrer großer rheinischer Getreidehändler sagt: „Man hat die Spielbanken geschlossen, man hätte lieber den Terminhandel schließen sollen, denn an der Börse können Gelder verloren werden, die man nicht besitzt, bei der Spielbank ist das nicht gut möglich.“ (Heiterkeit rechts.) Viele Vertreter des Getreideterminhandels und fast sämtliche der Mühlenereien sind durchaus zufrieden mit dem Verbot des Terminhandels. Der Abg. Singer hat einmal hier gesagt, er sehe in dem Terminhandel ein Mittel, das Brot zu verbilligen. Das mag in diesen Fällen richtig sein, es giebt aber auch Fälle, wo der Terminhandel zu einer Verteuerung führt. An der Börse wird nämlich nicht immer nach dem Schema Cohn und Rosenfeld gearbeitet, es wird auch einmal umgekehrt operiert, ich erinnere nur daran, daß die Firma Ritter u. Blumenfeld auf einen Schlag viele Millionen verdient hat, weil sie den Markt entblöhte und eine Aktion à la hausse eingeleitet hatte. An der Berliner Börse geht die Bewegung meist à la baisse, aber an den andern Börsen nicht. Die Gegner des Terminhandels finden sich auch in industriellen Kreisen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die doch gewiß Verständnis und Interesse am Terminhandel in Bergwerks-Kreisen hat, hat sich stets sehr lebhaft gegen den Terminhandel ausgesprochen. Nun noch etwas über das Börsenregister. Herr Müller hat schon darauf hingewiesen, daß die angesehensten Mitglieder der haute finance, Herr Frenzel und Herr Mendelssohn, sich für das Börsenregister, allerdings nur für die Warenbörse, ausgesprochen haben. Damit war natürlich der entscheidende Schritt getan, das Börsenregister auch für die Effektenbörse einzuführen. Meines Erachtens liegt nicht der geringste Grund vor, sich über das Börsenregister so zu ereifern. Die Motive der Vorlage, die ja sehr umfangreich sind, hätten noch ein Abgesehen ist, der bezutreten niemand sich zu scheuen braucht. Die ganze Abneigung gegen das Register beruht meiner Ansicht nach auf einem Mißverständnis aufgebauten Vorurteil und es liegt gar kein Grund vor, im Wege der Gesetzgebung das Börsenregister abzuschaffen. Widersprechen möchte ich der Gleichstellung des Handelsregisters mit dem Börsenregister. Gesetze das, so hätte das Börsenregister gar keinen Zweck mehr.

Ich möchte noch mit wenigen Worten auf Treu und Glauben kommen. Ich verurteile den Differenzentwände auch auf das allerhöchste und wenn Herr Kämpf seiner Zeit denjenigen, welcher den Differenzentwände erhebt, einen Schrecken nannte, so stimme ich ihm darin vollkommen bei. Ich schlage sogar vor, solche Leute einfach vom Börsenbesuch auszuschließen. Als ich aber diesen Vorschlag im vorigen Jahre hier machte, wurde ich von der Börsenpresse sehr heftig angegriffen. (Hört! hört! rechts.) Es wurde mir gesagt, ich wolle mit den Dingen nicht beschämen, es wären nicht berufene Börsenbesucher, welche diesen Einwand erheben, sondern meistens Privatleute in der Provinz. In den Motiven heißt es: Gerade solche Personen, die zum Abschluß von Börsen-Termingeschäften beufen erscheinen, haben sich ihren

Verpflichtungen durch den Registerentwände entzogen. (Hört! hört! rechts.) Gewohnheitsmäßige Börsenbesucher, reiche Rentiers, die seit Jahren regelmäßig Vorkaufgeschäfte gemacht haben, vermögendere Kaufleute, insbesondere Bankiers, haben den Registerentwände erhoben. (Hört! hört! rechts.) Also mein Vorschlag hatte doch eine gewisse Berechtigung. Möge man solche Leute ein für allemal von der Börse ausschließen und in ein schwarzes Register eintragen. (Sehr gut! Heiterkeit rechts.) Wir wollen nur, daß die legitimen Preisbildungsfaktoren — Angebot und Nachfrage — zu ihrem Rechte kommen. Niemand kann behaupten, daß das Börsengesetz diesen Zweck nicht erfüllt hat. Es ist ein zivilisatorischer Fortschritt (lebhafter Beifall rechts), und wir wollen ihn nicht in einen Rückschritt verwandeln.

Geheimer Oberregierungsrat Mendelssohn:

Der Herr Vordredner ist in seiner berechneten Weise eingetreten für die Aufrechterhaltung des Verbots des Börsen-Terminhandels. Er wird sich im Laufe der Debatte überzeugen, daß die verbündeten Regierungen keineswegs beabsichtigen, das bestehende Verbot des Terminhandels zu beseitigen, und daß sie auch entschlossen sind, das Register bestehen zu lassen. Nur Mängel sollen beseitigt werden und es wird die Aufgabe des hohen Hauses sein, zu prüfen, inwiefern solche Mängel vorhanden sind. Der Herr Vordredner hat einen außerordentlich schweren Vorwurf gegen den Berliner Handelsstand gerichtet, den ich nicht unwiderrspoden lassen kann. Er hat von einer unerhörten Rentienz der hiesigen Kaufmannschaft gegenüber gesetzlichen Bestimmungen gesprochen. Ich muß demgegenüber betonen, daß über die Tragweite der gesetzlichen Bestimmungen sehr verschiedene Ansichten herrschen. Die Secession und die Errichtung einer Privatbörse im Feenpalast wurden von einem preussischen Gericht zunächst als berechtigt anerkannt und erst in zweiter Instanz wurde nach langen Verhandlungen eine Entscheidung herbeigeführt, die der Auffassung des Herrn Vordredners entsprach. Wenn man der Meinung gewesen wäre, daß es sich um rentierende Kaufleute handelte, hätte der preussische Handelsminister niemals mit ihnen verhandelt. Aber die Leute waren der Meinung, daß sie im Recht waren. Ich glaube, damit erledigt sich schon der Vorwurf, daß die Regierung zu milde gegenüber rentierenden Leuten aufgetreten ist. Ich muß in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß gerade von der preussischen Handelsverwaltung die Bestimmungen des Börsengesetzes mit großer Strenge durchgeführt worden sind. Ueber seine Bestimmungen hinaus hat der Handelsminister auf Bitte der preussischen Landwirtschaftskammer landwirtschaftliche Mitglieder dem Börsenvorstand aufgetragen. Sie werden sich der Agitation erinnern, die sich daran knüpfte. Aber die preussische Handelsverwaltung hat diese Bestimmungen getroffen, daß daran festgehalten und zu Wege gebracht, daß schließlich auch die Kaufmannschaft zu besserer Einsicht gelangte und sich in diese Bestimmungen fügte. Als weiterhin Polizeiverfügungen die Versammlungen im Feenpalast auflösten und verlegt wurde, eine anderweitige Einrichtung zu treffen, da ist wiederum die preussische Handelsverwaltung mit aller Energie eingeschritten. Sie hat also stets genügende Festigkeit bewiesen. Im übrigen bemerke ich, daß es sich bei dieser Vorlage keineswegs um Wiedereröffnung des Terminhandels auf Umwegen handelt, sondern nur um eine Forderung des soliden Lieferungsgegeschäfts. Wir hätten auch nicht die mindeste Veranlassung, eine Bestimmung zu belämpfen, an deren Zustandekommen sie selbst den hervorragendsten Anteil genommen hat. (Bravo!)

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen 1. Wahlprüfungen, darunter auch die der Abgg. Braun-Frankfurt (Soc.) und Blumenthal-Strasbourg-Land (Rp.). 2. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Die Kommission prüfte zunächst die Wahl des Abg. Volk (natl.), fünfter Wahlkreis des Regierungsbezirks Trier, Saarbrücken. Zu diesem Kreise sind hergebrachten stets die offenbarsten amtlichen Wahlbeeinflussungen vorgekommen, trotzdem die Wahlprüfungskommission und der Reichstag stets Voten gegen dieselben eingelegt haben. Auch bei der letzten Wahl sind die altbekannten Vergewaltigungen und Gesetzwidrigkeiten in raffinierter Weise wiederholt worden. Dagegen riefte sich ein Protest der Centrumpartei. Bei der Hauptwahl 1903 wurden 37 000 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielt Volk 19 480; Muth (C.) 15 638; Spaniol (Soc.) 1875. In dem Protest heißt es, daß der Geheimere Vergat Hilger sich aktiv an die Spitze der nationalliberalen Agitation stellte und als solcher während des ganzen Wahlkampfes fungierte. In seinen Wahlreden habe Herr Hilger gesagt, die Arbeiter seien verpflichtet, Volk zu wählen aus Dankbarkeit gegen die vorgelegte Behörde. Ferner habe das amtliche Organ der Vergbehörde die Kandidatur Volk empfohlen. Auch der Vergat Jahns habe ein „Jahns, Vergat“ unterzeichnetes Flugblatt zur Verteilung bringen lassen in fast nur von Vergleuten bewohnten Dörfern, in dem er bei Volk zu wählen. Durch diese und andre Handlungen der Vergbeamten sei die Kandidatur Volk als eine amtliche signalisiert worden. Nach längerer Diskussion darüber, ob die Verggräte als Amtspersonen im Sinne der bisherigen Auffassung der Kommission zu betrachten seien, beschloß die Mehrheit der Kommission, über die angeführten Protestpunkte **Be we i s e r h e b u n g e n** anstellen zu lassen. Ebenso sollen Erhebungen über die Behauptung des Protestes angestellt werden, ob in Wallstätt die Wähler von den aufgestellten Meistern und Beamten, deren Kette die Wähler erst zu passieren hatten, selbst im Josterraum noch beobachtet wurden, ob sie den für Volk erhaltenen Zettel in das Wahllovert steckten. Die beigelegten Zeichnungen lassen den Josterraum als ungenügend erscheinen. Unerhörte Wahlbeeinflussungen durch private Grundbesitzer und deren Beamte sind nicht minder vorgekommen, aber sie werden von der Kommission als unerheblich betrachtet, weil sie nur als Parteimaginationen aufgefaßt werden. Schließlich beanstandete die Kommission die Wahl und beschloß, die angezeigten Beweishebungen.

Darauf wurde die Wahl des Abg. Korfany (Pole), Wahlkreis Katowitz-Jabrze, geprüft. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Petosha (C.) 19 902, Korfany (Pole) 11 670, Korawski (Soc.) 10 044, Schneider (lib.) 3033; bei der Stichwahl Korfany 23 550, Petosha 22 875. Die Centrumpartei hat Protest gegen die Wahl erhoben. Entgegen dem § 17 des Wahlgesetzes seien am 22. Juni, also drei Tage vor der Stichwahl, die für die Orte Przelaska und Laurahütte anberaumten Wählerversammlungen von den Amtsvorstehern verboten worden. Hierüber beschließt die Kommission informatorische Vernehmung der betreffenden Amtsvorsteher. Die fernere Berufung des Protestes auf die Wahlstrawalle in Laurahütte wird von der Kommission als unbeschäftigt gehalten. Der Referent, Abg. Schwarze (C.), hob aus den Akten noch hervor, daß in mehreren Protokollen die Bescheinigung über die gesetzlich vorgeschriebene ortsbliche Bekanntmachung fehlt. Auch dazu beschloß die Kommission, amtliche Auskünfte einzuholen. Wegen der Nachprüfung der für ungültig erklärten Stimmzettel wird die endgültige Beschlußfassung über die Wahl Korfany bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. — Nächste Sitzung Mittwoch, 27. April.

Aus Industrie und Handel.

„Phönix“ und Stahlwerks-Verband.
Die mit Hochdruck betriebene Agitation des Stahlwerks-Verbandes unter den Aktionären des „Phönix“ hat den gewünschten Erfolg gehabt. In der heute in Köln abgehaltenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Phönix“ wurden etwa zwei Drittel der vertretenen Stimmen für den Beitritt zum Stahlwerks-Verband unter den letzten von dessen Leitung aufgestellten Bedingungen abgegeben, so daß jetzt auch der „Phönix“ dem Verbands angehört und somit

das letzte Hindernis gefallen ist, das den Stahlwerks-Verband an den Verfolg seiner Absicht und Zielpolitik hinderte.

In der Versammlung, die von 144 Aktionären mit etwa 81 000 Stimmen besucht war, begünstigte Generaldirektor Kamp die Ablehnung des Angebots des Stahlwerks-Verbandes durch die Verwaltungen. Da in den letzten Jahren die Neuanlagen und die Erweiterungen des Betriebes 35 Millionen Reich erfordern hätten, sei die dem „Phönix“ gewährte Beteiligungsziffer zu gering, wenn man nicht auf eine Rußbarmachung der neuen Anlagen von vornherein verzichten wolle. Auch heute müsse er an den verlangten Beteiligungsziffern festhalten. Er wisse zwar, daß er überstimmt werde, aber die wirklichen „Phönix“-Aktionäre würden zweifellos seinen Standpunkt einnehmen. Er sehe in dem Beitritt des „Phönix“ zum Stahlwerks-Verband ein Unglück für das Werk. Die großen Kapitalien für die geschaffenen Neuanlagen seien umsonst ausgegeben.

Mehrere kleinere Aktionäre traten ebenfalls für den Beitritt an das Stahlwerks-Verband ein, wurden aber bei der Abstimmung von den Großaktionären und den Vertretern der Großbanken überstimmt.

Zur Lage des Arbeitsmarktes in England und Frankreich.
Während sich in Deutschland eine steigende Besserung des Beschäftigungsgrades vollzieht, ist der Beschäftigungsgrad in andern europäischen Ländern noch mehr oder minder gedrückt. Im Gegensatz zu Deutschland blieb z. B. in England der Beschäftigungsgrad im März sogar noch hinter dem des Vorjahres zurück. Es betrug nämlich die Zahl der Arbeitslosen Ende März nicht weniger als 6 Proz. gegen 4,3 Proz. im Vorjahr. Verhältnismäßig befriedigend war die Beschäftigung nur im Bergbau. Dagegen lag schon die Lage des Eisengewerbes viel zu wünschen übrig. Es waren weit weniger Hochöfen während des diesjährigen März im Betrieb als im Vorjahr. Im Maschinenbau und im Schiffbau war die Zahl der Beschäftigten größer als selbst im Vorjahr, wo die Arbeitslosigkeit in diesen Industriezweigen schon weit über das Durchschnittsmäß hinausging. Die Bauhäufigkeit liegt sehr darnieder und zeigt selbst gegen den Februar kaum eine leise Besserung. Ganz unbefriedigend war der Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe, was in der Hauptsache auf das Mißverhältnis zwischen Rohstoff und Fabrikationspreisen zurückzuführen ist. Es zeigt sich nämlich, daß solche Betriebe, bei denen dieses Mißverhältnis aus bestimmten Gründen nicht in Frage kam, recht gut beschäftigt waren. Bei dieser ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes mußten die Löhne ihre sinkende Richtung weiter innehalten. Im Eisengewerbe fand eine ziemlich durchgreifende Lohnreduktion statt, von der ca. 50 000 Arbeiter betroffen wurden.

Auch in Frankreich merkte man von einer Frühjahrsbelebung auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt nur wenig. Eine Ausnahme machte allerdings das Baugewerbe, in dem eine scharfe Besserung deutlich hervortrat. Dagegen hat sich im Textilgewerbe die Krise fast auf alle Baumwollbezirke ausgebreitet. Die meisten Betriebe lassen die Arbeit an 1 bis 2 Tagen der Woche ruhen. Die Geschäftslage im Metall- und Maschinengewerbe zeigt, im ganzen genommen, eine kleine Erholung, die aber in der Hauptsache daher rührt, daß in einzelnen Branchen, so vor allem in der Automobil-Industrie, der Beschäftigungsgrad besonders flott ist. Daß aber gegenüber dem Vorjahr der Arbeitsmarkt noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, geht aus der noch immer hohen Arbeitslosenziffer hervor: im März des Vorjahres wurden 7 Proz. als beschäftigungslos gemeldet, im März dieses Jahres dagegen 10,9 Proz.

Zu den Redenankäufen im Ruhrgebiet äußerte sich in der vorgestrigen Juchendbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats dessen Vorsitzender Geheimrat Mirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, in einer eindrucksvollen Rede. Ingegendwelse neuen für die Verteilung der Juchendstellungen in Betracht kommenden Gesichtspunkte enthält sie nicht, ist aber insofern von Interesse, als Herr Mirdorf es im Namen des Kohlenyndikats-Vorstandes strikte ablehnte, den fortdauernden Redenankäufen zu weichen. „Die Stellung des Kohlenyndikats zu diesen Redenankäufen kann“, so erklärte er, „meines Erachtens nur nach Maßgabe unsres Syndikatsvertrages erfolgen; wenigstens habe ich als Vorsitzender Ihres Vereins und Aufsichtsrats es ablehnen müssen, in der Richtung einzugreifen, daß das Kohlenyndikat eine Einwirkung auf die Käufer und Verkäufer, die dabei in Frage kommen, ausüben könnte. Ich bin der Ansicht, daß dies über die Aufgabe und die Befugnisse des Kohlenyndikats hinausgeht. Ich habe geglaubt, nicht weiter gehen zu können, als die Mitwirkung unsres wirtschaftlichen Vereins, des Vereins für die bergbaulichen Interessen, anzureufen, damit dessen Mitglieder, die bei diesem Vorgehen in Frage kommen, berechtigten weiteren Interessen infolgedessen Rechnung tragen, als die Stilllegung angekaufter Juchen in keinem Falle sofort, sondern erst nach langer Uebergangszeit erfolge, damit in erster Linie den betroffenen Arbeitern Zeit bleibt, die in vollem Umfange vorhandene Arbeitsgelegenheit auszunutzen sowie durch Verhandlungen und Entgegenkommen den betreffenden Gemeinden weitere Veranlassungen erspart werden. Dieser Anregung hat der bergbauliche Verein entsprochen. Auch in seinem Kreise hat man aber Bedenken getragen, weiter zu gehen, da es als unbedeutender Eingriff in die Eigentumsverhältnisse Dritter angesehen werden müßte, wenn man veruchen wollte, Betreibende am Verkauf ihres Eigentums aus allgemeinen Interessen abzuhalten, wenn deren Besitz sich als unrentabel oder ungenügend rentabel erweist.“

Außenhandel Frankreichs. Nach den offiziellen Angaben bewertete sich die französische Einfuhr während der ersten drei Monate des laufenden Jahres auf 1 183 058 000 Franken, gegen 1 208 082 000 Franken, während des gleichen Zeitraums im Jahre 1903. Die diesjährige Einfuhr steht mithin hinter der vorjährigen während des genannten Zeitabschnittes um 25 024 000 Franken zurück.

Dagegen weisen die Zahlen für die Ausfuhr während des ersten Viertel des laufenden Jahres gegenüber derjenigen des Vorjahres eine Steigerung um 36 364 000 Franken auf, nämlich von 1 036 829 000 Franken in den Monaten Januar bis März 1903 auf 1 073 193 000 Franken während des gleichen Zeitraums im Jahre 1904.

Soziales.

Ärzte und Krankenliste.

Die Leipziger Orts-Krankenliste hat, so wird gemeldet, bis zum 25. April nur etwa 80 Distriktsärzte anstellen können und infolgedessen von der Kreisgesundheitsverwaltung Fristverlängerung erbeten.

Zu den Behauptungen des zurückgetretenen Distriktsarztes Dr. Drämer in Entzwich erklärt der Vorstand der Ortsliste eine große öffentliche Erklärung. Darin heißt es gegenüber der Angabe Drämers, er sei überbürdet gewesen, daß er in den 18 Tagen seiner Tätigkeit nach seinen eignen Listen 251 Patienten gehabt und insgesamt 377 Konsultationen und 306 Besuche ausgeführt habe; durchschnittlich täglich also 15 Konsultationen und 17 Besuche. Sodann wörtlich:

„Ueber die wahren Gründe, die Herrn Drämer zur Niederlegung seiner Stelle veranlaßten, giebt sein folgender, am 21. April an den Vorsteher der Auskunftsstelle Entzwich gerichteter Brief einigen Aufschluß: „Geehrter Herr G. Vom Ärzteverband, dem ich ehrenwörtlich verpflichtet war, bin ich aufgefordert worden, meine Tätigkeit als Kasernenarzt niederzulegen; ich sehe mich deshalb gezwungen, meine Stellung aufzugeben. Die Patienten, welche in den nächsten Tagen zu besuchen sind, habe ich Ihnen aufgeschrieben; Sie müssen daher, ehe der neue Kasernenarzt eintrifft, einen Herrn von Gohlis benachrichtigen, die so kommen, in die Veranlassung stellen. Es ging nicht zu ändern. Hochachtung G. Drämer, prakt. Arzt.“

Herr Drämer war im März engagiert worden und rechtzeitig hier eingetroffen, um seine Tätigkeit am 1. April beginnen zu können. Ohne Gründe anzugeben, blieb er am 1. und 2. April unthätig und erschien, um Auskunft ersucht, am 3. April im Kasernenbureau. Dort schilderte er in den lebhaftesten Farben, wie unangenehm

höflich ihn zwei frühere Entzifferer Kassenärzte, die Herren Dr. Leopold und Freymann, verfolgt und belästigt und ihn unangenehm mit Drohungen und Versprechungen ausgesetzt hätten, bis er sich in ganz willkürlichem Zustande in die Wohnung des Herrn Dr. Hartmann habe führen lassen, wo er am 31. März eine Abfindungssumme von 2000 M. gegen Unterzeichnung eines gedruckten Vertrages mit dem Verbands der Ärzte Deutschlands ausgehandelt erhalten habe. In § 1 dieses von Herrn Dr. Hartmann und Dr. Max Gey unterzeichneten Vertrages, dessen Abschrift Herr Dr. Brämer dem Vorstand überließ, ist festgelegt, daß der Verband Herrn Dr. Brämer 2000 M. zahlte, alle zivilrechtlichen Folgen, welche Herrn Dr. Brämer aus der Lösung seines Vertrages mit der Leipziger Orts-Krankenliste erwachsen, als Selbstschuldner übernimmt und in seinem Mietkontrakt eintrifft. Nach § 2 verpflichtet sich Herr Dr. Brämer auf Ehrenwort und bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 2000 M. für den Zuwiderhandlungsfall, innerhalb der nächsten zehn Jahre ohne Genehmigung des Verbandes vorübergehend weder seinen Wohnsitz zu wechseln, noch überhaupt Stellung bei einer mit ihren Ärzten in Streit befindlichen Krankenliste anzunehmen. Herr Dr. Brämer bekennt die Unterzeichnung dieses mit seinen früher gegenüber dem Orts-Krankenliste eingegangenen Vertragspflichten in unauflösbarem Widerspruch stehenden Vertrages bitter. Er bat, ihn als Kassenarzt wieder anzunehmen und verspricht vor mehreren Zeugen, „nicht nochmals umzufallen.“

In einer Erklärung der Ärzte für freie Arztwahl heißt es: „Die Generalversammlung besteht wohl aus gewählten Delegierten der Kassenmitglieder, drückt aber durchaus nicht die wahre Meinung aller Mitglieder aus; denn die Wahl dieser Delegierten ist längst zu einer Parteifache geworden, genau wie die Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen; die Listen der Gewerkschaftler werden durchgebracht gegenüber den Listen der nicht-socialistischen Kassenmitglieder.“

Auch in diesem Sinne ist die moderne Ärztebewegung bereits an verschiedenen Orten, wie Leipzig, Königsberg, Frankfurt a. M., allerdings zu einer socialistischen Parteifache geworden. Es droht die Gefahr, daß diese socialistischen Bestrebungen allmählich in allen Orts-Krankenlisten die Oberhand gewinnen werden.“

Ob die Herren Ärzte wohl annehmen, auf diese Weise bei den bevorstehenden Sympathien zu erwerben? Die Arbeiter lehnen es ab, Objekt der Ärzte zu sein.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Kassel (Hessen) siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 285 gegen 79 christliche Stimmen.

Die Gewerbegerichts-Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitnehmer in Elbing beabsichtigen in der aller nächsten Zeit in einen Streik einzutreten, den sie auch hoffen siegreich durchzuführen, da es wohl an Arbeitswilligen mangelt dürfte. Es ist das etwa kein Scherz, sondern bitterer Ernst, denn die Amtsdauer der gegenwärtig amtierenden Gewerbegerichts-Beisitzer war schon Ende Januar abgelaufen. Eine Neuwahl ist aber noch nicht ausgeschrieben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf die mehrfach an uns gerichteten Anfragen hin, teilen wir den Parteigenossen, Vereinen, Gewerkschaften usw. mit, daß das Lokal Luisenpark, Wilhelmstraße 112, in Wilmersdorf der Arbeiterschaft zu Versammlungen usw. nicht zur Verfügung steht; wir ersuchen daher, dieses Lokal streng zu meiden. — **Reinickendorf.** Der Gesangsverein „Reinickendorfer Liebertafel“ veranstaltet am Sonnabend, den 30. April, sein Stiftungsfest im Kaiser-Friedrich-Garten (Seebad). Da dieses Lokal der dortigen Arbeiterschaft zu Versammlungen usw. nicht zur Verfügung steht, so ersuchen wir, die angebotenen Bilets zurückzugeben und das Vergnügen nicht zu besuchen. — **Falkenberg bei Freienwalde.** Den Touristen und Ausflüglern nach dort diene zur Nachricht, daß das Lokal auf der Karlsburg nur zu Besuchen ist. — **Diejenigen Gewerkschaften, Vereine, Klubs usw., welche nach Potsdam, Neukölln und Umgegend Partien veranstalten oder abgeschlossen haben, werden ersucht, den Tag und das Lokal dem Mitglied der dortigen Lokalkommission, Genossen M. Hausmann, Alexandrinenstraße 9 in Potsdam, umgehend mitzuteilen.** Die Lokalkommission.

Nieder-Schönhausen. Der Tag der Erziehung zur Gemeindevertretung ist heute gekommen; gewählt wird von 12—5 Uhr im Niedermittelschen Lokal. Jeder hat am Wahltag zu erscheinen. Es bedarf unserer ganzen Anstrengung, wollen wir unsern Kandidaten durchbringen. Keiner darf aus Gleichgültigkeit sein Wahlrecht nicht ausüben. Speziell an die Berliner Genossen richten wir die dringende Bitte, uns im Wahlkampf dadurch zu unterstützen, daß sie ihre Kollegen und Mitarbeiter, die in Nieder-Schönhausen wohnen, an ihre Wahlpflicht erinnern. Nur so kann es uns gelingen, daß wir den ersten socialdemokratischen Gemeindevertreter in unser Dorfparkament entsenden.

Friedrichshagen. Nächsten Sonntag von nachmittags 3 Uhr ab findet im Lokale von Karl Conrad, Friedrichstr. 137, die Mai-feier statt, bestehend in Lokal- und Instrumental-Konzert, humoristischen Vorträgen, Festrede und Tanz. Die hiesigen Parteigenossen werden ersucht, für einen regen Besuch zu agitieren und zahlreich zu erscheinen.

Steglitz. Wir weisen nochmals darauf hin, daß unsere Mai-feier in diesem Jahre in größerem Umfang im Birkenwäldchen stattfindet, und bitten um regen Besuch. Desgleichen erinnern wir daran, daß unser Programm-Kursus am Freitag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase beginnt. Dazu erwartet gute Agitation. Der Vorstand des Wahlvereins.

Die Parteigenossen von Wilhelmshagen, Nordend und Rosenthal halten am Sonntagnachmittag 5 Uhr im Restaurant Feldschlößchen eine Volksversammlung ab. Tagesordnung: Der erste Mai. Referent Genosse Doh-Reinickendorf. Wir machen es allen Genossen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

Waldmannslust. Donnerstag findet der Diskutierabend bei Schmidt an der Chaussee statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Maspsfuß über: Das Parteiprogramm.

Lokales.

Das farbloseste aller Regierungsblätter.

Die Frage, welches Blatt der Kaiser liest, ist bekanntlich vor kurzem dahin beantwortet worden, daß der „Lokal-Anzeiger“ das einzige Blatt sei, das der Kaiser sich ganz, das heißt nicht in Ausnahmefällen, vorlegen lasse. Ein Redakteur dieses Blattes habe selbst in einem geschäftlichen Schreiben darauf hingewiesen. Der bürgerlichen Presse geht diese dem „Lokal-Anzeiger“ widerfahrene Ehreung natürlich sehr durch den Kopf und mautiglos betrachtungen werden losgelassen. So klagt das „Leipziger Tageblatt“:

Wir bedauern, daß die Nachricht nicht dementiert worden ist. Vielleicht glaubt man, um solch eine Kleinigkeit brauche die „A. Z.“ nicht bemüht zu werden. Eine derartige Auffassung würde unbillig sein. Es ist durchaus keine Kleinigkeit, ob der Kaiser über Stimmung und Bedürfnisse der Nation unterrichtet wird oder nicht. Wir fürchten, daß man den Monarchen die öffentliche Meinung in den Zeitungsausschnitten ohnehin nur sehr geringfügig vorlegt; wir fürchten, daß die Vertrauensmänner der Krone sich gerade nicht danach drängen, Wilhelm dem Zweiten abweichende Meinungen der Presse zu unterbreiten und wenn nun endlich der „Lokal-Anzeiger“, das farbloseste aller gubernementalen Blätter, die einzige Zeitung sein sollte, aus der sich der Kaiser persönlich über die Ansichten und Empfindungen der deutschen Bevölkerung unterrichtet, so wäre es freilich sehr natürlich, wenn bisweilen die Fühlung zwischen der Nation und ihrem höchsten Repräsentanten verloren ginge. Unter solchen Umständen würde auch das

Unerkennliche erklärlich, daß z. B. das Scherische Sparprojekt die Zustimmung des Ministeriums gewinnen konnte; wer weiß, wie spät die kritischen Ausführungen der Presse zur Kenntnis des Monarchen gelangt sind!

Dem bürgerlichen Standpunkt aus mag die aufgeworfene Frage ja Bedeutung haben; die socialdemokratische Arbeiterschaft kann aber kühler darüber hinweggehen. Viel wichtiger als die Frage, welches Blatt der Kaiser liest, ist ihr die Frage, welches Blatt von der arbeitenden Bevölkerung gelesen wird. Und da fällt die Antwort, daß die mit Recht als das farbloseste aller Regierungsblätter bezeichnete Zeitung sich von der übrigen offiziellen Presse ganz wesentlich dadurch unterscheidet, daß sie einen außerordentlich großen Leserkreis hat, zu welchem die unbemittelte Bevölkerung durchaus nicht das geringste Kontingent stellt. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß auch hier allmählich ein Wandel zum Besseren eintritt. Wenn der „Vorwärts“ in gut einem Jahre an 30 000 Abonnenten gewonnen hat, so wird diese Tatsache am Ende auch an dem Regierungsorgan ihre Spuren hinterlassen haben. Aber dennoch ist hier noch weit mehr gut zu machen; und wir meinen, daß in der Agitation für den „Vorwärts“ überall dort, wo der „Lokal-Anzeiger“ aus Arbeiterfamilien zu verdrängen ist, der Charakter dieser Zeitung als Regierungsorgan gar nicht scharf genug hervorgehoben werden kann. Ein solcher Hinweis ist nicht minder wirkungsvoll als das Hervorheben der Tatsache, daß der „Lokal-Anzeiger“, statt politische Aufklärung zu bringen, alles Unrecht schweigend gutheißt und das Gehirn mit Klatsch und Tratsch verleiht, damit die Bevölkerung unfähig werde, über ihr Elend nachzudenken. Der socialdemokratischen Arbeiterschaft wegen kann der „Lokal-Anzeiger“ sich als offizielles Blatt aufspielen, so viel er will; nur ist in ständiger Agitation dafür zu sorgen, daß der Leserkreis dieses Blattes wenigstens in der unbemittelten Bevölkerung dem anderer offiziellen Blätter gleich werde. Wobei die Tatsache im Auge zu behalten ist, daß die anderen offiziellen Blätter der arbeitenden Bevölkerung kaum dem Namen nach, aus eigener Anschauung aber gar nicht bekannt sind.

Die Stadtverordneten-Erwahlungen im 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung sind auf Dienstag, 31. Mai, angesetzt worden. Im 40. Bezirk hat für den aus Berlin nach Kairo verzogenen Parteigenossen Dr. Freudenberg eine Neuwahl zu erfolgen; im 32. Bezirk kandidiert selbstverständlich unser Parteigenosse Leid wieder, dem das Stadtverordneten-Mandat von bürgerlichen Richtern im Kaiserinsel-Projekt aberkannt worden ist. Hier ist es Sache der Wählerchaft, den Moabiter Urteilspruch zu korrigieren und der bürgerlichen Justiz zu zeigen, daß ihre Anschauung und die des Volkes sich schmerzhaft entgegenstellen. Mit erdrückender Mehrheit muß unsern gefangenen Parteigenossen im Volksgericht das Stadtverordneten-Mandat wieder zuerkannt werden!

Traktäten im Krankenhaus. Uns wird geschrieben: Eine Anekdote, die ihres Gleichen sucht, wurde am Sonntagnachmittag von einem Traktätendivertier im Krankenhaus am Urban ausgeübt. Während der Besuchsstunde erschien plötzlich ein noch ziemlich grün aussehender Jüngling, ging von Bett zu Bett und warf jedem Kranken einen Zettel zu, eine Nummer der „Signale“, herausgegeben vom deutschen Jugendbundesverband. Die literarische vollkommene wertlose Historie der Nummer nennt sich: „Diese Nacht“ und schließt mit der erbaulichen Mahnung an den Leser: „Es könnte vielleicht diese Nacht Deine letzte sein. Denke einmal daran: diese Nacht... Deine Todesnacht! Und was sollte der Todesnacht vorausgehen? Freund, wenn Du noch bisher nicht Jesus gefunden hast, dann laß den heutigen Tag Deinen Seelentag sein. Der Todesnacht muß der Bekehrungstag vorausgehen. Wehe dem, der die Bekehrung auf die Todesstunde verschieben will, es ist zu fürchten, daß es dann zu spät ist.“

Es gehört wirklich eine starke Taktlosigkeit dazu, eine solche Letztäre Schwere auf das Lager zu schleudern. Fällt solch ein Witz in die Hände eines sensiblen nervösen Patienten, so kann sich sein Zustand aufs äußerste verschlimmern. Das weiß jeder verständige Mensch; weiß es das Pflegerpersonal und wissen es die Ärzte des Urban-Krankenhauses nicht? Es ist geradezu unerfindlich, wie das Attentat auf die Gemütsruhe der Kranken geduldet werden konnte.

Zu dem gestrigen Bericht über die Sitzung des Obdach-Kuratoriums wird uns zur Verhütung von Mißverständnissen noch mitgeteilt, daß es sich bei dem erwähnten zweiten Frühstück nicht um ein solches handelt, wie es den Häuslingen verabreicht wird, sondern daß nach einem Antrag des Oberarztes aus der Küche gegen Entgelt ein Frühstück verabreicht werden soll. „da das mitgebrachte Essen besonders im Sommer verrotet.“ Zweimal hat die Verwaltung sich bereits mit dieser Frage beschäftigt. Man sieht daraus, wie gründlich unsere Stadtväter vorgehen, wenn es sich um kleine Dinge handelt.

Der Anti-Bisse. Den schädigenden Wirkungen der Mistärromane soll jetzt sozusagen im amtlichen Aufgebote entgegengetreten werden. Das „Militär-Wochenblatt“ berichtet darüber:

„Es ist bei dem Verein inaktiver Offiziere der deutschen Armee und Marine angeregt worden, den falschen Anschauungen, welche in nicht urteilsfähigen Kreisen der Bevölkerung durch die in jüngster Zeit erschienenen Mistärromane entstanden sind, durch der Wirklichkeit entsprechende Schilderungen aus dem Offiziersleben entgegenzuwirken. Die zur Aufklärung und Richtigerstellung bisher veröffentlichten Schriften haben ihres mehr abstrakten Inhaltes wegen den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Ein solcher dürfte jedoch durch Erzählungen kurzer, selbst erlebter Begebenheiten aus dem Leben der Offiziere und deren Familien erreicht werden. Diese mit dem Namen des Verfassers zu versehenen Erzählungen sollen gesammelt und dem Publikum in Buchform zugänglich gemacht werden. An alle Offiziere, mögen sie aktiv oder inaktiv sein oder dem Beurlaubtenstande angehören, desgleichen an alle Freunde der Armee richtet der Verein daher die Bitte, ihm Schilderungen mit der angeführten Tendenz zu übersenden und damit das Unternehmen, welches ganz zweifellos im Interesse der Armee liegen dürfte, zu fördern. Der Vorstand des Vereins muß sich vorbehalten, das hienichtlich in Fülle eingehende Material zu sichten. Sendungen werden unter der Adresse: „Verein inaktiver Offiziere, Berlin W. 30, Moysstr. 8“, erbeten.“

Kurze selbst erlebte Begebenheiten aus dem Leben der Offiziere und deren Familien hat bekanntlich auch Herr Bille der Deutschnacht unterbreitet. Hier ist also Vorsicht geboten. Auch wird die Hoffnung etwas optimistisch sein, daß Material in Fülle eingehet, da die Kunst des Roman-Schreibens nicht jedermanns Sache ist und namentlich in der Kriegeszeit noch Egmonts Wort Geltung hat: „Unter vielem Verhassten ist mir das Schreiben das Verhassteste.“ Aber solche Umsichtlichkeiten sind ja auch gar nicht nötig, da dem deutschen Volke bereits eine klassische Militär-Literatur zur Verfügung steht, die wie ehemals so auch heute noch alle edlen Jungfrauen mit Wärme erfüllen wird. Wo ist „Reife“ und der „Weilchenreifer“ gedichtet worden, wenn sie nicht aufgeführt werden sollen? Wo so viele Millionen für Germanisationsbestrebungen im Osten unütz verpulvert werden, sollten da nicht wenige Millionen flüssig zu machen sein, um das Lieutenants-Lustspiel in seiner jaden Herrlichkeit und Süße wieder zu neuem Leben zu erwecken? Gratisvorstellungen vom „Weilchenreifer“ sei die Lösung; nur in diesem Zeichen wird der deutsche Offizier den Biles Trost bieten und Bismarcks Wort, daß uns den preussischen Lieutenants niemand nachmacht, wieder zu Ansehen bringen.

Der Protest der Großen Berliner Straßenbahn ist auch an der Stadtgemeinde Charlottenburg nicht ganz spurlos vorübergegangen, immerhin ist die Nachbar-Residenz in einer günstigeren Lage, da ihr ebenfalls „Repressalien“ zur Verfügung stehen und zwar in Gestalt eines mit der Straßenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages. Nach diesem ist die letztere verpflichtet, bis Ende 1906 auf Verlangen des Charlottenburger Magistrats eine elektrische Straßenbahn vom „Anie“ durch die Bismardstraße nach der Kolonie Westend zu bauen und in Betrieb zu setzen. Eine solche Linie ist zur Zeit und wohl auch noch auf Jahre hinaus völlig unrentabel und es besteht daher bei der Großen Berliner Straßenbahn durchaus nicht die Absicht, diese unrentable Linie zu bauen. Unter diesen Umständen war es für Charlottenburg natürlich leicht, eine Einigung zwischen den beteiligten Konkurrenz-Gesellschaften, Hochbahn und Straßenbahn, herbeizuführen. Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske wird, wie bereits mitgeteilt, den Bau ihrer Zweiglinie „Anie“—Bismard-Eisenheimerstraße—Wilhelmsplatz noch in diesem Sommer in Angriff nehmen und die Große Berliner Straßenbahn wird gegen diese Konkurrenzlinie nicht protestieren. Bezüglich der Weiterführung dieser Konkurrenzlinie nach der Kolonie Westend schweben die Verhandlungen zur Zeit noch, es steht aber zu hoffen, daß auch bezüglich dieser auf derselben Grundlage eine Einigung zwischen den Konkurrenz-Gesellschaften erzielt werden.

Nur für Unteroffiziere! Das Polizeipräsidium teilt mit: Infolge mannigfacher Erörterungen, die der zur Zeit herrschende Mangel an Beamten bei der Berliner Schutzmännerschaft in der Presse gefunden hat, gehen beim Polizeipräsidium außerordentlich viele Bewerbungen von Personen ein, die den gestellten Anforderungen in keiner Weise genügen. Bestimmungsgemäß müssen die Bewerber eine mindestens siebenjährige Militärdienstzeit zurückgelegt und den Dienstgrad eines Unteroffiziers erreicht haben. Gesuche von Personen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, können keine Berücksichtigung finden.

Die Mordthat im Scheunenviertel scheint ungenügend bleiben zu sollen. Der des Mordes an seiner Ehefrau, der Kellnerin Grabowski, dringend verdächtige Schlächtergeselle Theodor Grabowski wurde auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalt Morric zwecks Untersuchung auf seinen Geisteszustand der Irrenanstalt überwiesen. Die Untersuchung hat ergeben, daß Grabowski unzurechnungsfähig ist. Das Verfahren gegen ihn hat infolgedessen eingestellt werden müssen.

Das alte Abgeordnetenhaus in der Leipzigerstraße mit dem Anbau, in dem sich früher das Geheim-Exzellenzamt des Kaisers befand, will der Lindenbau-Aktienverein vorbehaltlich der Genehmigung des Kaisers käuflich erwerben. Ob das Gebäude vollständig vom Schauplatz verschwinden wird, um einem Neubau Platz zu machen, oder ob es, wie ein Gerücht wissen will, für Theaterzwecke verpachtet werden wird, ist noch eine offene Frage. Auch im alten Reichstags-Gebäude hatten sich f. B. befallig allerhand Rauschbazzare aufgethan.

Um den Berlinerischen Roman „Jena oder Sedan“ hatte sich bekanntlich ein Streit entsponnen, der zu einer Beleidigungsklage führte, die von dem Buchhändler Felix Heine mann, Geschäftsführer der Verlagsanstalt „Vita“, gegen den Verleger der „Hamburger Nachrichten“, Dr. Hartmeyer angehängt ward. Gestern fand vor der 8. Strafkammer des Landgerichts II in der Berufungsinstanz die erneute Verhandlung statt, da Dr. Hartmeyer gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis, das ihn zu 50 M. Geldstrafe verurteilt hatte, Berufung eingelegt hatte. Der Gerichtshof verwarf die Berufung.

Die Erholungsstätten vom Roten Kreuz werden Anfang Mai wieder in Betrieb gesetzt. Zunächst werden die Erholungsstätten in der Jungfernhöhe für männliche Kranke, in Pankow für weibliche Kranke und in Sadowa für Kinder (alle drei am 1. Mai) eröffnet. Im Laufe der ersten Hälfte des Monats Mai sollen nachfolgen die Erholungsstätten Eichlam (männliche Patienten), Spandauer Berg (weibliche Patienten) und Schönholz für Kinder. Anmeldungen von Kranken für die Erholungsstätten sind thunlichst bald an das Bureau für Erholungsstätten vom Roten Kreuz, Friedrichstraße 207, Hof rechts II, in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 1 Uhr zu richten. Zu gleicher Zeit wird auch der neugegründete Verein für Tuberkulosebekämpfung in Schönberg die von ihm geplante Erholungsstätte, mit welcher er sich der Organisation der Berliner Erholungsstätten angegliedert hat, ebenfalls in der ersten Hälfte des Monats Mai in der Nähe von Eichlam eröffnen.

Unter den Straßenbahnwagen geratet und getötet ist gestern mittag die 4jährige Tochter des Tischlers Rezerzki, Greifswalderstr. 211 wohnhaft. Die kleine spielte auf der Promenade vor dem Hause Greifswalderstr. 28 und wollte plötzlich nach dem Bürgersteig hinüberlaufen. Ahnungslos lief das Kind auf das Straßenbahn-Gelände kaum einen halben Meter vor dem in voller Fahrt herankommenden Motorwagen 1817 der Linie 62 (Weißensee—Dönhofsplatz). Das Kind wurde von der Federwelle erfasst, niedergedrückt und geriet unter die Border-Plattform. Der Körper des Mädchens wurde etwa acht Meter weit mitgeschleift und kamte sich unter der Schutzvorrichtung derartiger Art, daß erst die Befreiung des unglücklichen Kindes möglich wurde, nachdem der Wagen angehoben worden war. Der Kleinen war der Schädel gespalten und der Brustkorb eingedrückt. Der Tod des Kindes war auf der Stelle eingetreten. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Eine große Wutlache bezeichnete die Unfallstelle.

Ueber den Selbstmord des Berliner Malers Hugo Richter-Lefensdorf werden nachträglich folgende Einzelheiten bekannt: Der Unglückliche wurde in seiner Villa in Ahrenshoop bei Barth in Pommern tot im Bette aufgefunden. Ein sofort aus Buxtehude herbeigerufener Arzt stellte nach Besichtigung der Leiche fest, daß der Tod infolge eines Schusses in der Herzgegend eingetreten ist; ein mit drei scharfen und einer abgeschossenen Patrone geladener Revolver wurde auf der Leiche liegend gefunden. Infolge einer telegraphischen Benachrichtigung des Gemeindevorstehers in Ahrenshoop begab sich eine Gerichtskommission unter Zuziehung des Gerichtsarztes zur Leichenschau an den Thortort; auch diese ergab keine andre Todesursache. Da zweifellos Selbstmord vorlag, wurde die Leiche zur Beerdigung freigegeben. — Wie schon gemeldet, hat der Künstler seinem Leben ein Ende gemacht, weil die Jury der Großen Berliner Kunstausstellung seine eingedantten Bilder refusiert hatte.

Vom Schlütersteig in die Spree füllte sich gestern in der neunten Morgenstunde die 39 Jahre alte Maurerin Auguste Pentich aus der Freienwalderstraße 33. Die in auskömmlichen Verhältnissen lebende Frau war seit der Geburt ihres einzigen Kindes, das nach kurzer Zeit starb, nebenleidend. Die Krankheit verschlimmerte sich im letzten halben Jahre, so daß sie mehrere Wochen in einer Anstalt zubringen mußte. Nachdem ihr Mann gestern morgen früh zur Arbeit gegangen war, ließ Frau Pentich nach der Spree, um sich das Leben zu nehmen, wurde aber von Schiffen und Schwämmern gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Der Unfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge. In der Meinung, daß die Frau aus Not ins Wasser gegangen sei, rüstete ein Wohlthäter einen erheblichen Betrag für sie. Die Verretete wird aller Voraussicht nach ohne dauernden Schaden davontommen.

Todessturz von der Straßenbahnplattform. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern spät abends in der Neuen Königsstraße zugetragen. Gegen 11 Uhr durchfuhr der Straßenbahnwagen Nr. 2149 der Linie 63 die Neue Königsstraße. Hinter der Gollnowstraße nahm er, da die Strecke frei war, die zulässige höchste Fahrgeschwindigkeit an, als plötzlich, kaum acht Meter vor dem Straßenbahnwagen, der Knäueler einer in der Richtung nach dem Königssthor fahrenden Droschke das Pferd wandte, um das Geleis zu kreuzen. Der Fahrer des Straßenbahnwagens suchte den drohenden Zusammenstoß durch Anwendung der Fahrbremse zu verhindern, und es gelang ihm auch, den schweren Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Durch die starke Bremswirkung wurden die Fahrgäste von ihren Sitzen geschleudert und der stündwanzigjährige Schlosser Max Wagner aus Nixdorf stürzte von der Plattform auf das Straßenpflaster. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde

Ordnungswaltung hat eine Einnahme von 3424,30 M. und eine Ausgabe von 3105,90 M. gehabt, bleibt ein Restbestand von 318,40 M., außerdem noch ein Guthaben von 41,95 M. bei der Hauptverwaltung. Wegen rezidierender Beiträge sind 61 Mitglieder gestrichen, 15 sind abgereicht, 5 verstorben; verbleibt eine Mitgliederzahl von 750. Pöchner giebt den Bericht der Geschäftskommission. Für die ausgeschiedenen Mitglieder der Geschäftskommission wurden gewählt: Pöchner, Fritz Reyer und Bedf.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (S. 26.) **Oftensbach a. M.** Verwaltungsstelle Berlin I. Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Hauptversammlung. Tages-Ordnung: 1. Kassendbericht über erstes Quartal 1904. 2. Vortrag des Herrn Dr. J. Sternberg über: "Erkrankungen der Luftwege." 3. Diskussion. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Im Verein für die Interessen der Hausangestellten findet am Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr bei Karre-Müsch, Steglitzer-

straße 35, eine Vereinsversammlung statt, in welcher Fräulein H. Krudt über "Steuerermäßigung, gewerbliche und private" sprechen wird. Eintritt frei für jedermann.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnenstraße 188: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht der Lokalverwaltung. 2. Die Lohnbewegung und Beschäftigung über den bevorstehenden Streik der Backgehilfen. 3. Verschiedenes.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 27. April, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Hauderlöse. Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opernhaus. Götter und Menschen mit der eisernen Hand. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Novella d'Andrea.
Berliner. Die rote Robe.
Lesing. Japantreich.
Welken. Der Postillon von Lonjumeau.
Neues. Achah und Liebe.
Neubau. Die 300 Tage.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Haus Rosenhagen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.) Lumpacivagabundus.
Kleines. Nachtschl.
Luisen. Sappho.
Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiss. Die beiden Reichsmüller.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Hufarenliebe. Härtliche Verwandte.
Palast. Die Liebe im Eckhaus. Die Weber.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Iranon. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (keine Freile): Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr Herr Hoelling: „Das Gesamtbild des Weltalls.“

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr: Haus Rosenhagen.
Donnerstagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus.
Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440. Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kron wegen des Umbaus Schluß der Saison am 1. Mai.
Nur noch 7 Vorstellungen.
Der Hochtourist.
Sonntagm. Charleys Tante

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus.
Donnerstagabend 8 Uhr: Haus Rosenhagen.
Freitagabend 8 Uhr: Die Wildente.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst-Vorstellung mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntagm. 3 Uhr: Othello.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Frankfurterstr. 132.
Gastspiel des k. k. Hofkapellmeisters Emil Richard:
Die beiden Reichsmüller.
Voll mit Gesang in 4 Akten von Anton Simon.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die beide Vorstellungen.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Mittwoch, den 27. April:
Führmann, Horst und Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Bons sind gütig.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr:
Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotektion des Herrn Professors Dr. Bogas.
Beginn gegen 8 1/2 Uhr. — Jacob Koch (Deutschland) gegen Omer de Bouillon (Belgien). Almable de la Calmette (Frankreich) gegen van den Berg (Holland).
Auftreten des Monsieur Horok.
Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Radballsports:
Der Saltomortale mit dem Zweirad.
Ferner: Mademoiselle de Holstein auf ihrem irischen Springpferd „Milton“. — Herr Burkhardt-Football auf „Neapolitano Soja“, Lippizaner Hengst von Neapolitano Trompeta aus der Soja von Pluto.
Zum 127. Male.
Aus den Alpen. Bemerkenswert: Der Automobilstarz.

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps (Vorname: E. Niemann) am Königsthor.
Grösster Konzertsaal Berlins.
Heute und folgende Tage, auf kurze Zeit:
KONZERT
aus
Johann Strauss aus Wien
Dirigent der k. u. k. österreichischen Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle. 50189*
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Pl. 1,00.

WINTER GARTEN
Letzte Vorstellungen
des sensationellen Aprilprogramms.
Kellino-Truppe Italienische Akrob.
Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer.
Helene Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist.
Orford's Wunder-Elefanten.
Peschkoff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissement.
Biograph.

Reichshallen
Stettiner Säger
Zum Schluß: Reu!
Gierig Lenz und Gierig Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: Revität.
Gastspiel Paula Worm.
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**
Sonntagm. Wahrheit.
Abends: **Der Sonnenvogel.**

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 4 Uhr im Theater (kl. Preise):
Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr:
Das Land Tirol.
Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr Herr Hoelling:
„Das Gesamtbild des Weltalls.“

Metropol-Theater
Zum 44. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Ranthen überall gestattet.

Soeben ist wieder neu erschienen:
Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz
Preis 25 Pfg. — Porto 3 Pfg.
Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherer, denen es Leiter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherer sein Recht suchen muß.
Vorwärts Buchhandlung, Berlin SW, Lindenstraße 69.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Kabale und Liebe.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Der Strom.**

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Sappho.
Donnerstag: Das Käthchen von Heilbronn.
Freitag: Der Kaufmann v. Venedig.
Sonntag: Letzte Vorstellung in dieser Saison: Das Mädchen von Schneberg.

D. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Letzte Woche!
Die Tunesen-Truppe
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damou aus Tunis.

Casino-Theater.
Lothringenstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: „Hufarenliebe.“
8 1/2: Das brillante April-Programm.
Markot, fr. am Lesing-Theater u.
9 Uhr: Härtliche Verwandte.
Sonntagm. 4 Uhr: „Hotel Klingebusch.“ Auftreten der neuen Spezialitäten.

Logirhäuser
Pensionate, Hôtels
sollten bei grösseren Neuanschaffungen nicht versäumen, meine Offerte u. Preise zu vergleichen, da stets Ungewöhnliches zu bieten im stande bin.
Katalog (100 Seiten stark) u. Mustersondung franco.
Toppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158, Berlin S.

Residenz-Theater
Heute zum erstenmal und folgende Tage:
Die 300 Tage.
(L'enfant du miracle.)
Schwank in 3 Akten von Paul Gavault und H. Charvet.
Deutsch von Alfred Palm.
Anfang 8 Uhr!
Sonntag: **250.** Male.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatzstrasse 67.
Jeden Abend: Gastsp. Ad. Philipp Ueberrn **GROSSEN TEICH.**

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Phänomenale Spezialitäten.
8 1/2: Die Sensations-Neuheit:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die grandiose Apotheose.
Gebrüder

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Steffen Langer aus Glogau
oder:
Der Zar und der Sellen.
Seltstadt v. Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtschl.**

Herrnfeld-Theater.
Zum vorletztenmal:
Die großen Herrnfeld-Schlager
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe, und
Am andern Morgen!
Kostspiel zu „Nur eine Nacht“ mit den Autoren in den Hauptrollen.
Schluß der diesjährigen Epochen: Donnerstag, 28. April, wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters in Köln a. Rh.
Ab 7. Mai: Gastspiel der Teatrosfer.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jeden Abend 10 Uhr:
Grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
20 preisgekrönte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Heute Mittwoch, den 27. April:
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Käthe Bach.
Gusdy-Giesl oder: **Die Mühle im Edelgrund.**
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von J. Willhardt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**
Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute sowie folgende Tage:
Die Liebe im Eckhause.
Lustspiel in 2 Akten von Cosmar.
Zur phantastischen Spezialitäten: Miss Stoen, die musikalische Laube. Emmoline Hochberg, Vortr.-Soubrette. Deamando und Anni, akrobat. — equilibristischer Reliance-Akt.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Rust von H. Gerde.
Schluß der Saison:
Sonntag, den 30. April 1904.

RESTE
zur Damen-Mäntel-Konfektion, Mädchen- und Knaben-Garderobe. Damen-tuche in schwarz und farbig. Kostümtstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corkscrew, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
CONFEKTION.
Fertige Jacketts, Capes, Paletots, Kostümröcke etc. Grösste Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz,
Kottbuser Strasse 4.

Noch 3 Tage!
Heute beginnend
bis Freitag, den 29. April,
stellen wir mehrere Posten vorjähriger oder nicht ganz moderner, auch fehlerhafter Herren-Anzüge und Paletots zu ausnahmsweise stark herabgesetzten Preisen zum Verkauf, darunter hervorragende **Modell-Kleidungsstücke,** wie auch verpasste Bestellungen.

Ein Posten Sommerpaletots,
bisherige Preise 16—35 M. jetzt 6—9 M.

Ein Posten Herren-Anzüge,
bisherige Preise 18—10 M. jetzt durchweg 12 M.

Ein Posten Burschen-Anzüge
für das Alter von 12—16 Jahren, bisherige Preise 10—19 M.,
jetzt 6 und 9 M.

Ein Posten Burschen-Paletots
von 10—18 Jahren 7,50 M.

Diese Preise halten wir nur diese 3 Tage aufrecht.
Wir bitten höflichst, dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgeforderte Sachen gewünscht werden.
Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstande in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie
Berlin SO.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Nur noch bis 30. d. Mts.
Auffreten v. **Franz Sobanski.**
Curt Moreno, Ada Thompson, Margu Plossner, Gustav Isano, Bruno Gaffron sowie: Ein sauberes Kleedblatt.
Voll in 1 Akt.
E. und C. Bernhardt (Verfälschung des Fremden).
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag nach der Vorstellung: **Tanz.**

In westlicher, in rascher Entwicklung begriffener Vorortkolonie mit bequemen Verbindungen, habe
87/20
hübsche Parzellen
an waldumgebenen Teichen gelegen, mit Baurecht, bei kl. Anz. zu verkaufen. Sichere Kapitalanlage, steigende Grundpreise. Off. sub G. U. 421 bei Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103.

Achtung, Vereine!
F. Scholz's Festsäle
mit Garten u. gr. Theaterbühne
74 Gr. Frankfurterstr. 74
empfiehlt sich d. Vereinen zu Sommerfesten, Theater-Vorstell. u. and. Vergnügungen. Berfch. Sonnabende frei.
Sonntag: **Gr. Ball.** Anfang 4 Uhr.

Schlosspark Wilhelminenhof Oberspre.
Station Nieder-Schöneweide.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:
Grosser Elite-Ball.
Kaffeeküche u. 2 Uhr an geöffnet.
Ausspannung, Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fennel. (49122*)

Elegante und einfache
Damenjacketts
5,50, 6,50, 8,50—12,00 M.
Reste
zur 4992L*
Damenmäntel- u. Kinderkonfektion.
Knabenanzüge, Paletots, Mädchenkleider, Mädchenjacken. Riesenauswahl.
Rosenberg,
98 Kottbuserdamm 98.

Anzüge nach Maß für Herren-Knaben
größte Auswahl in u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reitleider etc., werden unter Garantie des guten Stiches zu überaus billigen Preisen (schnellstens angefertigt im Ladengeschäft)
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12—1/2, 3, 1/2, 6—1/2, 8.

Wer billigt **Tapeten**
1 Rolle v. 10 Pf. an
in jedem Genre, wie hochlegant, neuesten stilvoll, kaufen will, verlange den Gratis-katalog von **Chr. Hartmann.**
Tapeten-Verandhaus Ganderseheim
einfach in den Mustern

Kredit. — 10 Mark —
bessere Anzüge Paletots nach Maß.
Der Kasse auch billige Preise.
Schneiderstr. 55.
J. Tomporowski, Prinsenzstr. 55.

Sportwagen
aufwendig billig, direkt aus Fabrik. Sportwagen zum Liegen einstellbar, zugleich Kinderwagen, Luxuswagen, edelster Hochgebirgsfahrzeug und einfachste Sportkarren.
J. Treubert, Grima 134
große, St. Kinderwagenfabrik Sachsen.
Wähle: Barreinkauf mit 10% Rabatt oder Teilzahlung beim Katalogeinkauf.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasfenbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers und der Kontrollkommissionen. 3. Anträge. 4. Verbandsangelegenheiten. 82/19

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

Branchenversammlung der Stellmacher

am Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pfeffer, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Stock- u. Celluloid-Arbeiter.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in Frankes Festsälen, Sebottianstraße 39.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Dr. Silberstein über: „Gesundheitsschädigung durch die Arbeit und deren Beseitigung“. 2. Diskussion. 3. Die Ausberrung bei Schulte Nachf., Ritterstr. 59. 4. Stellungnahme zum 1. Mai. 5. Berichtsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. Fernsprecher: Amt IV, 3333.

Mittwoch, den 27. April, abends 7 Uhr, im Lokal von Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18:

Bezirks-Versammlung für Oberschöneweide.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Berufskrankheiten. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wille, Brunnstr. 188:

Branchen-Versammlung der Elektro-Monteur.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Baerman. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, 28. April, abends 7 Uhr, im Louisestäd. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Versammlung

der Former u. Gießerei-Arbeiter

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kollegen Grenz-Sachsen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/18

Jährliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Heute, Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Fürstenhof, Köpnickstr. 137.

Die Kollegen werden ersucht, wegen der wichtigen Tagesordnung alle zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

186/16 Der Vorstand.

Achtung! Wilmersdorf. Achtung!

Am Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr, in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40:

Bezirksversammlung d. deutschen Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Schöneberg).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

88/3 Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftskartell für Berlin u. Umgegend.

Bureau: Berlin C., Dragonerstr. 15, Hof part. Teleph.: Amt III, No. 5028.

Freitag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr:

Delegierten-Versammlung

in dem Lokale des Herrn C. Patt, Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Jahres-Bericht und Abrechnung des Ausschusses. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Bericht vom Deutscher Arbeiterkongress. 4. Kartellangelegenheiten. 289/9

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet Der Ausschuss.

Brotts Gesellschaftshaus, Erkner.

Inhaber: M. Degebrodt.

Sonntag, den 1. Mai 1904:

Grosse Mai-feier

arrangiert von den Parteigenossen von Erkner u. Umgegend.

Konzert. Festrede. Tanz. Humoristische Vorträge.

Anfang nachmittags 3 Uhr. Abends: Kinder-Fackelzug.

Die Kaffee-Küche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung. (222/5) Entree 25 Pf.

Um zahlreichem Besuch bittet Das Komitee.

Tapezierer.

Sonntag, den 1. Mai, macht der Verband einen Ausflug nach Pichelswerder, Restaurant Freund. 177/8

Treffpunkt und Abmarsch: Bahnhof Grunewald, vorm. 1/10 Uhr. Zahlreiche Beteiligung mit Familie erwartet Die Ortsverwaltung.

Mai-Versammlungen 1904

der im

Gewerkschafts-Kartell

für Berlin und Umgegend vereinigten Organisationen

Sonntag, den 1. Mai.

Tagesordnungen in den Versammlungen:

Die Bedeutung des ersten Mai.

Bauarbeiter.

Englischer Garten, Alexanderstr. 27c, mittags 12 Uhr.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei G. Patt, Dragonerstr. 15.

Bleiglasler und Glasmaler.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei Dietrich, Brunnenstr. 41.

Fliesenleger.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Frauenverein.

Den Mitgliedern steht es frei, sich einer der zunächst befindlichen Versammlungen anzuschließen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Hausdiener und Packer.

Oeffentliche Versammlung nachmittags 4 Uhr in Wendts Industriefälen, Deuthstr. 19/20, I.

Isolierer und Rohrumhüller.

Oeffentliche Versammlung nachm. 4 Uhr in Scheruchs Festsälen, Müldersdorferstraße.

Kistenmacher.

Am Vormittag findet ein Ausflug nach Treptow statt. Treffpunkt für die Kollegen vom Südosten und Süden: Morgens 8 Uhr in Zahlstelle II bei Liedemann, Reichsberger- und Rauscherstrassen-Ecke.

Treffpunkt für die Kollegen vom Osten, Nordosten und Centrum: Morgens 8 Uhr im Arbeitsnachweis, Breslauerstr. 28. Zusammentreffen der Kollegen um 9 1/2 Uhr im Restaurant Reglerschlöfchen, Köpenicker Landstraße.

Kleber und Tapezierer.

Ausflug nach Pichelswerder. Treffpunkt vormittags 9 Uhr Bahnhofrestaurant Station Grunewald.

Für Nachzügler nachmittags 8 Uhr in Freunde Inselgarten.

Kürschner.

Mitglieder-Versammlung im Alten Schönenhaus, Linienstr. 5, vormittags 10 Uhr.

Maler und Lackierer.

Oeffentliche Versammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, mittags 12 Uhr.

Die Einberufer haben das Anmelden ihrer Versammlung selbst zu besorgen. Bei den Zusammentreffen bedarf es keiner Anmeldung.

Dem Bureau, Dragonerstr. 15, Amt III 5028, ist über den Verlauf der Versammlung und über die Zahl der Versammlungsbefucher etc. Mitteilung zu machen.

Den Mitgliedern nebst Angehörigen wird anempfohlen, sich an den Parteifeiern der Wahlkreise rege zu beteiligen.

Rüstet zum Maientag!

Der Ausschuss.

Markthallen-Arbeiter.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Maurer.

Ausflug mit Familie nach Birkenwerder. Dasselbst nachmittags 2 Uhr: Versammlung im Paradies-Garten.

Abfahrt Bahnhof Gesundbrunnen morgens 9,56 u. 11,01 Uhr.

Metallarbeiter.

Ausflug. Treffpunkt vormittags 10 Uhr im Arbeitsnachweis-Lokal, Rosenthalerstr. 57 und Gormannstr. 28.

Musikinstrumenten-Arbeiter Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei Graumann, Raumstr. 27.

Möbelpolierer.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr im Lokale „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117.

Rohrer.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Schiffs- und Bootsbauer.

Ausflug nach Eichwalde. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr Bahnhof Treptow.

Am Nachmittag beteiligen sich die Kollegen an der Parteifeier in Eichwalde.

Schirmmacher.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Tischler.

Definitiver Beschluss stand beim Ausgeben des Inserats noch aus.

Töpfer.

Ausflug nach Grünau. Treffpunkt morgens 10 Uhr am Sportdenkmal.

Zinkgiesser und Stürzer.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifeiern an.

Zimmerer.

Oeffentliche Versammlung im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13, mittags 1 Uhr.

Central-Verein der Bildhauer

Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Entgegennahme der Kasfenberichte. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Jährliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Mai-Feier.

Vollständiger Kontrolle halber werden Billets zur Maifeier im „Kaufmannshaus“, Treptow, am 1. Mai selbst nicht verkauft. 20/15

Hühner, Enten, Puten,

fleisch legende, kerngesunde Tiere, Tauben, Brutputen, Bruteier hocher Kassen empfiehlt reich u. billig. H. Wegner, Berlin, Paradenstr. 34.

Molkerei.

8 Kühe, 12 Schweine, 1 Pferd und 2 Wagen preiswert zu verkaufen. Karl Schirmer, Weihenstepferstr. 119.

Achtung! Werder. Achtung!

Restaurant Schwarzer Adler.

Inhaber Max Koch, Fischerstraße 98. 50072*

Parteilokal. - Dampfkegel.

Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle ich Ausflüge nach Werder meine Lokalitäten zur freundlichen Berücksichtigung.

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal

Schönhauser-Allee 135.

Empfehle mein großes Vereinszimmer für Zahlstellen, Gewerkschafts- und Versammlungen. 45802*

Zwei neu renovierte Kegelbahnen. Großer Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Baurisch Bier. G. Ramlow.

Theaterstücke Herren-Anzugstoffe, Kette,

Oeffentl. Aufführung garantiert. „Versuchsbühne Deutscher Autoren.“ Berlin, Friedrichstr. 243. Man verlange Prospekt. 87/11* Tuchhandlung Ferd. Scholz, Reinickendorf-West, Eichbornstr. 64.

